



Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.
Berliner Börse vom 28. Jan. Nachm. 2 Uhr. (Angemessen 4 Uhr 10 Minuten.) Staats-Schuldscheine 90. Prämien-Anleihe 122 B. Neuzeit Anleihe 108. Schles. Bank-Berein 89%. Oberösterreichische 1. Mitt. A. 132 $\frac{1}{2}$. Oberösterreich. Litt. B. 117. Freiburger 118. Wilhelmsbahnen 40%. Westfälische Briege 54%. Tarnowischer 36%. Wien 2 Monate 72. Österreich. Credit-Aktien 70. Österreich. National-Anleihe 60%. Österreich. Lotterie-Anleihe 63%. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 133. Österreich. Banknoten 72 $\frac{1}{2}$. Darmstädter 80%. Commandit-Antheile 89%. Köln-Winden 165%. Friedrich-Wilhelms-Nordbahnen 56. Bohemer Provinz-Bank 94%. Mainz-Ludwigshafen 116 $\frac{1}{4}$. Eisenbahnen matt.

Wien, 28. Januar. Morgen-Course. Credit-Aktien 193. 80. National-Anleihe 83. 45. London 138. 25.

Berlin, 28. Jan. Roggen: unverändert. Jan. 52%, Jan.-Febr. 52%. Febr.-März 51%, April-Mai 51%. — Spiritus: behauptet. Jan. 17 $\frac{1}{2}$. Jan.-Febr. 17 $\frac{1}{2}$. Febr.-März 17%. April-Mai 18%. — Rübböl: geschäftslos. Jan. 12 $\frac{1}{2}$. Frühjahr 12%.

Die preussischen Finanzen.

Unter dieser Überschrift bringt die „Köln. Blg.“ einen Leitartikel, den wir seines allgemeinen Interesses wegen vollständig unsern Lesern mittheilen; er lautet wie folgt:

Wenn ein Gutsbesitzer einen größeren Aufwand treibt, als seine Einkünfte gestatten, so wird er zuerst Schulden machen, und dann, bei steigender Not, Anfangs eine gewisse Scham bekämpfend, sich dadurch Geld verschaffen, daß er Bäume fällt und seine Waldungen auslichtet und abtreibt. Diese allgemeine Erfahrung gilt, so gut wie für Einzelne, auch für ganze Staaten. Wo die Finanzen zerrüttet werden, müssen alsbald die Staatswaldungen es büßen. Das sehen wir überall, das sehen wir jetzt in Frankreich, wo selbst der Wald von Fontainebleau, der Schauplatz der kaiserlichen Jagden, verwüstet wird, das sehen wir in Kurhessen, wo Hassenpflug die Art nicht bloß an die Verfaßung, sondern auch an die Wälder legte; das sehen wir in anderen deutschen Staaten, wo leichtfertig gewirthschaftet wird, das sehen wir leider jetzt auch in Preußen.

Wir haben es vorausgesehen. Ueberzeugt, daß auch bei uns eines der nächsten Mittel, um die übermäßig gesteigerten Forderungen für das Militärbudget zu befriedigen, eine stärkere Ausnutzung der Wälder sein werde, begaben wir uns im vorigen Jahre nach dem Abthäger-Kronwald, um den herrlichsten Eichenforst des preußischen Staates noch einmal, ehe die Art vielleicht ihr unheilvolles Werk begonnen habe, in seiner vollen Schönheit zu erblicken. Ringsumher sind seit einem Menschenalter fast alle Privatgehölze niedergeschlagen und ausgerodet, das Land liegt kahl und flach wie eine Denne da, der rauhe Ostwind segt darüber her, und die Leute klagen über Verschlechterung des Klimas. Deshalb höher und herrlicher schien der Abthäger-Kronwald seine Wipfel zu erheben, und einzelne uralte Eichen und Buchen schienen eigens geschnitten zu sein, um als Riesen des deutschen Waldes ihre unvergleichlichen Kronen zum Himmel auszustrecken. Dort wandten wir mit unserem Begleiter, einem Landtags-Abgeordneten, der, obgleich zu conservativ gern, um sich der Fraktion Bünke anzuschließen, doch Mannes genug gewesen war, um, ungleich so manchen marklosen Jägern dieser Fraktion, sein Votum gegen die neue Ära der preußischen Finanzen abzugeben. Dort wandten wir und sprachen in bitterem Unmut davon, daß bald vielleicht auch diese langgeschonten Stämme fallen würden, um unverhältnismäßige Ausgaben decken zu helfen, und Alles doch nicht mehr sein werde, wie ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Leider scheint die Erfüllung unserer unerfreulichen Angaben auf dem Fuße zu folgen.

Der Finanzminister will und soll für das Jahr 1862 einen Überschuss herausreden. Wohlverstanden, von einem wirklichen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben kann im preußischen Staate keine Rede mehr sein; wir haben vielmehr jährlich einen bedeutenden „Unterschuss“. Aber jenes Wort klingt doch den Ohren so wohl, und so nannte Herr v. Patow, als er in der vorgestrittenen Sitzung des Hauses der Abgeordneten seinen diesjährigen Finanzplan vorlegte, die Mehr-Einnahmen gegen 1861 Überschüsse. Wie rechnet er nun einen Überschuss von 1,378,000 Thalern heraus?

Die indirekten Steuern, an denen man den Verbrauch, mit andern Worten: den Wohlstand des Landes abmessen kann, lassen leider keine Vermehrung hoffen, sondern sogar eine Verminderung voraussehen. Die Mehr-Einnahme wird wesentlich herbeigeführt erstens durch das Salz-Monopol; aber auch zu diesem Mehrbetrag dürfte die wohlfeilere Anschaffung vielleicht mehr beitragen, als ein größerer Verbrauch. Ferner sollen die direkten Steuern um ein halbe Mill. höher geschaubt werden, was den preußischen Staatsbürgern, welche diese Schraube in den letzten Jahren zu spüren hatten, eben so wenig Freude machen wird, wie die beständig anwachsenden Gemeindelasten. Dann sollen in diesem Jahre für 200,000 Thaler Domainen mehr als im vorigen verkauft werden — gewiß ein eigenhümlicher Überschuss! Man über sieht nur zu leicht, und doch darf nicht vergessen werden, daß wir in dieser Hinsicht schon seit langer Zeit von der Schnur ziehen und das Staatsvermögen alljährlich durch den Verkauf von Domainen verringert wird. Wir tadeln nicht den Domainenverkauf. Die Volkswirtschaft lehrt, daß die Güter in den Händen der Privaten besseren Ertrag, auch für den Staat, geben. Aber wenn der Staat sonst nichts spart, so sollte er doch wenigstens den Erlös für die Veräußerung von Staatsgütern nicht aufzehren, sondern entweder zum Abtrag von Schulden oder noch besser zum Ankauf von Forsten verwenden, die nach der Meinung aller Fachmänner am besten in den Händen des Staates gedeihen. Leider müssen aber auch die Forsten dazu dienen, ein Plus von 400,000 Thalern zu machen gegen das vorige Jahr, wo doch schon durch den Raupenfraß in Preußen eine leidige Erbschung des Ertrages herbeigeführt worden war. Wie ist das möglich, ohne Schaden der Forsten? Die Waldungen haben bei regelmäßiger Forstwirtschaft das Eigenthümliche, daß ihr Ertrag ein stetiger ist und nur langsam, allenfalls mit dem Preise des Holzes, wächst. — Sollte das Holz in einem Jahre so gewaltig im Preis gestiegen sein? Bis das bewiesen ist, müssen wir vermuten, daß die Forsten stärker als bisher ausgenutzt werden sollen. Als dazu im vorigen Jahre ein unbekannter Vorschlag gemacht wurde, sprach sich die Staats-Regierung im Interesse der Wälder entschieden dagegen aus, der Landtag verwarf den Vorschlag, und die „Kreuzzeitung“ wetteiferte damals mit unferem Blatte, um ihre Entrüstung gegen einen solchen Vorschlag darzuthun. Und schon im nächsten Jahre will die Regierung dennoch in den Waldungen für 400,000 Thaler mehr Holz fällen. Wahrlich, wir können Herrn v. Patow zu einem „Überschuss“ nicht Glück wünschen, der

auf eine solche Weise herausgeschlagen, recht eigentlich herausgeschlagen wird.

Wir wollen dem Herrn Finanzminister nicht folgen in seinen künstgerechten Betrachtungen. Alle Erfahrung lehrt, wie trügerisch die Berechnungen der Finanzminister sind. Will doch auch der französische Finanzminister schon für das nächste Jahr ein Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben herausrechnen, und der geniale österreichische Finanzminister, Herr von Bruck, hat, wer weiß, wie oft, dasselbe gethan; aber alle seine schönen Aussichten haben geendet — man weiß wie. Wir wollen nur in schlichter Weise die wahre Lage der preußischen Finanzen nach der eigenen Darstellung des Ministers feststellen.

Danach haben wir keine Überschüsse, sondern ein Deficit von fünf Millionen. Wir müssen es etwas höher anschlagen. Wenn im vorigen Jahre für beinahe eine Million, in diesem Jahre also mehr als für eine Million Domänen verkauft werden, so dienen die Verkaufsgelder nur dazu, ein sonst vorhandenes Deficit zu decken, und eine außergewöhnliche Ausnutzung der Forsten dient zu dem nämlichen Zwecke. Es wird also bei diesen beiden Posten nicht viel weniger als anderthalb Millionen aus dem Staatsvermögen genommen, um laufende Ausgaben zu decken. Ueberdies hat der Finanzminister wohlweislich von den Bedürfnissen für die Flotte geschwiegen, obgleich wir bereits wissen, daß höhere Summen dafür in Anspruch genommen, und zu deren Beschaffung eine Anleihe vom Landtag gefordert werden soll. Wir kennen die Summe nicht, die für den Flottenbau 1862 von der Regierung bestimmt ist. Nehmen wir dafür 2 Mill. an, so ergibt sich für 1862 ein Deficit von 8 $\frac{1}{2}$ Millionen Thaler, welches theils durch eine Kriegssteuer von 25 Prozent Zuschlag, theils durch eine Anleihe deckt werden soll. Das ist die einfache Wahrheit über die preußischen Finanzen.

Das, was der Herr Finanz-Minister über den Staatschaz bemerkte und über die „Überschüsse“, die in denselben abgeführt sind und künftig abgeführt werden sollen, bedarf keiner weiteren Erörterung. Der preußische „Staatschaz“ stammt aus den Zeiten, wo der Bauer sein erwartetes Silber im Strumpf aufbewahrte, und ist jetzt bei ganz veränderten Geld- und Credit-Verhältnissen, eine Anomalie. Wenn wir zehn Millionen baar liegen haben, so verlieren wir jährlich eine halbe Million an Zinsen. Doch wollen wir hier über diese Einrichtung nicht sprechen. Wir haben einen Staatschaz von zehn Millionen, heißt unter gegenwärtigen Umständen nichts Anderes, als daß wir 1859, vor noch nicht drei Jahren, dreißig Millionen Thaler geborgt und davon noch einen Rest von zehn Millionen in Kasse haben. Die Forderungen für die Wehrkraft sind aber in dem Maße gestiegen, daß, wenn wir den kleinen Staatschaz nicht angreifen wollen, wir trotz aller außergewöhnlichen Steuern schon 1862 zu einer neuen Anleihe schreiten müssen.

Die Frage ist gewiß sehr ernst und wichtig, ob eine Finanzwirtschaft, wonach die laufenden Bedürfnisse des Staates selbst im Frieden nur durch außergewöhnliche Steuerzuschläge, Domainenverkäufe, stärkere Ausnutzung der Forsten und trotz alledem überdies von drei Jahren zu drei Jahren durch abermalige Vermehrung der bedenklich rasch angewachsenen Staatschulden gedeckt werden müssen — ob eine solche Finanzwirtschaft gebilligt werden kann, ob sie Preußens alten Traditionen entspricht und zum Heile des Vaterlandes gereichen kann. Man glaubt nicht, daß wir übertrieben, wenn wir davon reden, alle drei Jahre stände auf diese Weise eine neue Anleihe in Aussicht. Im Gegentheil, es gibt noch wirkliche und nachweislich nothwendige Bedürfnisse des Staates, die bei der gegenwärtigen Finanzverwaltung, bei den jetzigen Anschaffungen für ein stehendes Friedensheer von 205,000 Mann aus den laufenden Einnahmen nicht bestritten werden können. Der Umbau unserer Festungen ist ein solches Bedürfnis und kann schwerlich bis zum Jahre 1865 aufgeschoben werden. Die Regierung weiß das recht gut, hält sich aber vorläufig, von der bevorstehenden Festungs-Anleihe zu sprechen, um unsere Abgeordneten nicht lustig zu machen.

Es ist doch wohl eine gerechtfertigte Anforderung für einen Staat, der früher wenigstens seinen Stolz in eine musterhafte Finanz-Verwaltung setzte, daß er mitten im Frieden nicht nur seine Ausgaben mit Einschluß des Aufwandes für seine Vertheidigungsmittel bestreite, sondern auch jährlich etwas zurücklege, um die Schulden zu tilgen, zu denen er in Kriegszeiten seine Zuflucht zu nehmen gehabt war. So ist es unter König Friedrich Wilhelm III. auch gehalten worden. Wir stehen davon ab, einen Vergleich mit der Gegenwart anzustellen.

Preußen.

Pl. Berlin, 27. Januar. [Die neuen Gesetzentwürfe. — Diplomatisches. — Die katholische Fraktion. — Initiative des Abgeordnetenhauses.] Nach der Stimming, welche sich in den, die Majorität bildenden Abgeordnetenkreisen ausspricht, ist mit ziemlicher Gewissheit vorauszusagen, daß die Gesetze über die Ministerverantwortlichkeit und die Überrechnungskammer abgelehnt werden, dagegen befürwortet man sich mit der Kreisordnung. Im Abgeordnetenhaus wird diese Vorlage zwar die Fortschrittspartei gegen sich haben, dagegen kommt dies nicht in Betracht, da die Fraction Grabow und die zwischen ihr und der Linken stehenden Fractionen Harffort, von Bockum-Dolfs u. c. sich bereits dafür erklärt haben. In Regierungskreisen will man aus verschiedenen Anzeichen entnehmen, daß dies Gesetz in Rede im Herrenhaus zur Annahme gelangen wird. — Die Anordnung des Grafen Bernstorff, daß die preußischen Gesandtschaften sich bei ihrem Schriftwechsel ferner nicht mehr der französischen, sondern der deutschen Sprache zu bedienen hätten, ist im Begriff, rückgängig gemacht zu werden. Schon sind allein 8 Schriftpiece in russischer Sprache bei dem auswärtigen Amt eingelaufen, eine größere Anzahl ist der preußischen Gesandtschaft in St. Petersburg bereits zugegangen; auch schwedische Noten sind den diesseitigen Diplomaten überendet worden, es erweist sich daher diese Maßregel als unausführbar. — Die katholischen Fractionen in den beiden Häusern des Landtages stehen sich in diesem Augenblicke ziemlich schroff gegenüber, den Grund der Differenz bildet die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus. Die Fraction des Herrenhauses unter Führung des Dr. Brüggemann hat es den Abgeordneten der katholischen Fraction übernommen, daß sie mit der Fortschrittspartei gestimmt hat, es sind Unterhandlungen im Gange, die Differenzen auszugleichen. Von gewisser Seite her sucht man zu verbreiten, Dr. Grabow würde bei der definitiven Wahl (am 17. Febr.) nicht wieder zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt werden. Diese Angaben sind völlig grundlos. — Mitglieder beider Häuser des Landtags zeigen sich empfindlich darüber, daß ihnen bei

der großen Tour im Schloß am 23. d. M. ein Aufenthalt unter denjenigen Personen angewiesen wurde, welche der unterste Rangstufe der Hofordnung angehören. Es hat diese allerdings mehr als militärische Anordnung ihren Grund darin, daß die Landesvertreter als solche noch gar nicht in die Rangordnung des Hofceremoniels eingereiht sind; charakteristisch genug für unsere Zustände! — Das Abgeordnetenhaus wird das Recht seiner Initiative in folgenden Fragen wahrnehmen. Herr v. Forckenbeck (Fortschrittspartei), wird den Antrag auf Revision der Geschäftsordnung einbringen; eine Commission ist mit Abschaffung einer Vorlage auf Abschaffung der Wucher Gesetze, eine andere mit dem Entwurf eines Gewerbegegeses beschäftigt. Die ganze liberale Partei beteiligt sich bei der Förderung dieser Angelegenheiten. — Im Schoße der konstitutionellen Partei herrscht einige Verstimmung über den Mangel an fester Organisation, die Führer beobachten eine ganz wunderbare Lässigkeit gegenüber den neuen Mitgliedern.

3. Berlin, 27. Jan. [Österreich und Piemont. — Die dänische Thronrede. — Das Beaufsichtige Reformprojekt.] Es bedurfte wohl kaum des heute telegraphisch gemeldeten Dementis in den Spalten der „Times“, um dem Gerüchte, als ob das wiener Kabinett wieder mit dem Plan umginge, die Entwaffnung Piemonts zu fordern und so neuerdings an die verhängnisvollen Reminiscenzen des Jahres 1859 anzuknüpfen, — jeden Glauben zu versagen. Gerade in jüngster Zeit hat Graf Rechberg nach allen Seiten hin die wiederholte Versicherung gegeben, daß Österreich entschlossen sei, seinen Besitz bis auf's Neuerste zu verteidigen, aber sich jeder Offensive enthalten werde. Eine plötzliche Provokation in dem angedeuteten Sinne, zu welcher gegenwärtig wenigstens kein stärkerer Anlaß vorliegt, als seit Jahren, würde daher Österreich außer der Verantwortlichkeit des Friedensbruches noch die Schuld eines Treubruches gegen die europäischen Mächte aufbürden. Kein Politiker traut dem Grafen Rechberg oder irgend einem Rathgeber des wiener Hofs die Verblendung zu, noch einmal das verzweifelte va banque zu wagen, und noch überdies inmitten einer konstitutionellen Krisis und eines riesenhafte wachsenden Defizits. Ueber die Entstehung des Gerüchtes erfährt man hier Folgendes. Die martialischen Kundgebungen in Verona hatten allerdings einen Gedanken-Austausch zwischen den Diplomaten Österreichs und Frankreichs veranlaßt. Graf Rechberg ärgerte nicht, sene Kundgebungen auf eine rein defensive Tendenz zurückzuführen, benützte aber die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß Österreich seinen militärischen Entwicklungen in Italien keine solche Ausdehnung zu geben brauche, wenn es nicht durch die Rüstungen und Provokationen Piemonts in Alarm erhalten würde. Wenn der mächtige Einfluß des Tuliener-Kabinetts, so wurde hinzugesagt, den bedrohlichen Rüstungen Italiens Einhalt thun könnte, so würde Österreich gern eine friedliche Stellung innehalten. Man wird zugeben, daß eine solche Sprache nicht im Allerentferntesten an das Ultimatum des Jahres 1859 erinnert. — Die dänische Thronrede zur Eröffnung des Reichsraths hat sich wenigstens von dem Nebenmuth fern gehalten, der sich jüngst in den Pressekundgebungen ausprach. Bis jetzt liegt noch keine Andeutung vor, welche die vielfach verbreitete Ansicht bestätigen könnte, daß die Einverleibung Schleswigs in Dänemark auf die Tagesordnung des Reichsraths kommen werde. Ein Vorgehen der Art, welches allerdings in den Wünschen einiger Ultra's liegt, ist dem dänischen Kabinett von der europäischen Diplomatie entschieden widerrathen worden, weil dadurch die deutschen Mächte mit einem Schlag aller im Londoner Protokolle übernommenen Verpflichtungen entbunden würden. Ich höre übrigens, daß besonders England und Schweden viel Sympathien für „die Rechte Dänemarks“ zur Schau tragen, während Russland und Frankreich eine besonnene Haltung zeigen. — Die Veröffentlichungen der „Donau-Zeitung“ offenbaren unter Anderem, daß man in Wien schon im Oktober v. J. von dem Beaufsichtigen Reform-Projekte Kenntniß hatte, während man dort jede Mitwissenschaft beharrlich in Abrede stellte. Sie erinnern sich, daß ich schon damals auf die zwischen Wien und Dresden angesponnenen Fäden hinwies.

K. C. Berlin, 25. Jan. [Vom Landtage.] Der Gesetzentwurf, betreffend die Ablösung der mit dem Besitz gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und zur Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzen-Amtes, beweist die Regelung eines Verhältnisses, welches die demselben beigefügten Motive so stützen. In Bezug auf die Besetzung des Gemeindevorsteheramts in den Landgemeinden der sechs östlichen Provinzen steht jetzt, theils die Ernennung der Gemeinde-Vorsteher, den Juhabern der ortsbürgerlichen Gewalt zu, wie sie im Gesetz vom 14. April 1856 von Neuem festgesetzt werden, theils sind in einer Anzahl von Gemeinde-Vorsteheramts berechtigt und verpflichtet (Lehnschulzen, Erbschulzen, Erbträger). Die besonderen Verhältnisse, unter welchen die letztgedachte dingliche Berechtigung und Verpflichtung entsteht, hat die publicistischen und privatrechtlichen Vortheile und Verbindlichkeiten, mit welchen dieselbe verbunden werden, sind höchst mannichfacher Art. Mehrere Erbschulzengläter genießen eine ganze oder theilweise Befreiung von der Grundstener (Contribution), andere haben einen Anspruch auf einen Theil der Gerichtsgewalten der ehemaligen Patrimonialgerichte; mit andern ist eine Real-Schulzengläter (besonders häufig in Schlesien und in der Lauts), oder ein Realrecht zum Betriebe anderer Gewerbe verbunden. Sehr vielen Schulzenglätern ist bei der ursprünglichen Verleihung durch die Grundherrlichkeit ganze oder theilweise Befreiung von den Diensten und Abgaben an das herrschaftliche Vorwerk zugesichert, andere sind in Betreff der Pachten und Abgaben an Kirche und Schule bevorzugt, viele genießen Freiheit den gemeinen Diensten und Beiträgen, zu denen alle anderen Gemeinde-Mitglieder für Zwecke der Kommune verpflichtet sind. Einer erheblichen Zahl von Schulzenglätern sind besondere Acker- oder Weinbergsfläche im verschiedensten Umfang und Wert, meist von der Grundherrlichkeit zuweilen von der Gemeinde, von letzterer besonders bei Gelegenheit der Separation, zugewiesen. Zu den Vortheilen, welche die Schulzengläter genießen, gehören ferner verschiedene, oft sehr wertvolle Servituten, Berechtigungen auf freies Bauholz und Brennholz, freie Weide, u. s. w. Viele beziehen Natural- und Geld-Abgaben von der Grundherrlichkeit, von anderen Dritten, auch von der Gemeinde. Bisweilen stehen als Gegenleistungen besondere Verpflichtungen, meist unbedeutende, gegenüber. — Die Zahl der Freischulzengläter ist nicht unbedeutend. Von den 26,294 Landgemeinden in den sechs östlichen Provinzen (excl. der Regierungs-Bezirke Stralsund und Erfurt) haben 4745 Gemeinden Erbschulzengläter. Die Gesamtzahl der letzteren beträgt, da in vielen Gemeinden mehrere Güter existieren, 5825. Die meisten befinden sich in den Regierungsbezirken Potsdam, Breslau und Liegnitz, in denen etwa jede dritte, Frankfurt, wo etwa die vierte, Königsberg, wo etwa die fünfte Gemeinde Erb- oder Lehnschulzengläter hat. — Für die Aufhebung dieses Verhältnisses spricht außer dem prinzipiellen Grunde, daß die Dauer der Verbindung eines öffentlichen Amtes mit dem Besitz einer Scholle den Ideen widerstreitet, nach welchen sich alle Institutionen unseres Staates entwickeln, und daß dieses Verhältnis namentlich der Entwicklung eines freieren, selbstständigen Gemeindelebens auf dem platten Lande hemmend entgegensteht, auch noch das Motiv, daß die Bestimmung des § 73 der (älter aufgehobenen) Gemeindeordnung vom 11. März 1850, wodurch das Erbschulzenamt aufgehoben wurde, „gesetzet war, den Kaufwerth vieler Frei-

Schulzengüter zum Theil nicht unerheblich zu steigern, und daß die Häuser sich nicht ohne Grund über die Täuschung ihres Vertrauens beklagen.“ Es kommt hinzu, daß durch Beschlüsse das ursprünglich verpflichtete Gut in vielen Fällen auf das Maß kleiner Gärtnerei- oder Häusler-Stellen zusammengeschrumpft ist, deren Besitzer, zur ärmsten und ungebildeten Klasse gehörig, zur Verwaltung des ihnen obliegenden Amtes wenig geeignet sind.“ — Um die Vorbereitungen einer künftigen, möglichst vollkommenen Gemeindeordnung zu schaffen, — denn das Ziel der gegenwärtigen Reform ist: „der Gemeinde muß das Recht der Wahl ihres eigenen Vorsteher zufallen“ — ist aber zugleich die Beseitigung der sogenannten Schulzulzen nötig, welche in den östlichen Provinzen von den Ortsobrreten ernannt werden. Dann auch die Belebung eines östlichen Amts darf nicht an den zufälligen Besitz eines Grundstückes geknüpft sein. Die Beseitigung der letzteren wird in dem Gesetz über die ländliche Polizeiverwaltung ausgesprochen; die der Schulzulzen ist Gegenstand des vorliegenden Entwurfs. — Bei der Alternative: Aufhebung oder Ablösung, entscheidet sich die Regierung für das letztere; denn „da die Pflicht der Schulzenamts-Verwaltung“ mit privat-rechtlichen und publicistischen Vortheilen und Freiheiten verbunden ist, so bedarf es klarer Bestimmungen darüber, welche dereliefen und inwiefern sie ausführen, wem i. re Aufhebung zu Gute kommen soll u. s. w. Und da das Wertungsverhältnis dieser Vortheile und Immunitäten zur Last der Amtswartung ein sehr verschiedenes ist, so kann die Ausgleichung nicht durch allgemeine gesetzliche Bestimmung mit einem Schlag, sondern nur durch besondere Verfahren in jedem einzelnen Falle erfolgen.“ Auch die Ablösung nun sollen beide, die betreffenden Schulzulzen wie die Gemeinden, provocieren können; nur im Fall der Verstüdigung des betreffenden Grundstücks tritt eine Regelung ex officio ein. Die Abfindung ist von dem Gesichtspunkte zu bemessen, daß das Schulzenamt bisher in der Haupthand ein Ehrenamt gewesen ist und daß die besonderen materiellen Vortheile, welche mit demselben verbunden waren, auch bei den Besitzern von Real-Schulzengütern nur die Bedeutung einer Vergütung für die mit der Amtswartung verbundenen Unfosten hatten. Die Zahlung einer Entschädigung von den Schulzulzen zu verlangen ist nicht ungerecht; ihre Güter werden im Preise steigen; die Provocation wird sicher meist von ihnen selbst ausgehen. — Dass es zur Ablösung dieses ganzen Verhältnisses nicht einen Auseinanderbruch mit der Gutsbesitzerschaft ergiebt sich daraus, daß im Bewußtsein aller Beteiligten das Correalverhältnis zwischen der Gutsbesitzerschaft, welche das Schulzenamt ursprünglich hat, und dem zur Schulzenamts-Verwaltung verpflichteten völlig verschwunden ist, daß fälschlich „die Verpflichtung des Schulzengutsbesitzers zur Verwaltung des Schulzenamts nur der Gemeinde beziehungsweise dem Staate gegenüber besteht und die ihm ursprünglich mit Rücksicht auf diese Verpflichtung vor Dritten eingeräumten Vortheile Theile seines unbefrchteten Privatvermögens geworden sind.“ — Die Provocation ist bei der Bezirksregierung anzubringen, welche die Ablösung durch einen Commissar leitet. Bei Streitigkeiten entscheidet inappellabel das Revisionskollegium — eine Vorschrift, die sich bei dem Neulasten Gesetze als höchst zweckmäßig bewährt hat. Die Abfindung wird als jährliche Geldrente festgesetzt, deren Ablösung in der Regel durch Land stattfindet. Für die Höhe der Schulzen-Remuneration werden regierungsbezirksweise (mit Ausnahme des Regierungsbezirks Gumbinnen) Normalsätze festgestellt, „innerhalb deren dann die Verhöhlung der besonderen lokalen Verhältnisse dem schiedsrichterlichen Erreichen zu überlassen“ ist. — Wie für den Fall der Verstüdigung des Grundstücks die Ablösung ex officio, so will die Regierung für den der Unsäglichkeit des Besitzers die Befolgun des Stellvertreters zu veranlassen das Recht haben; hierfür aber „liegt in der auch auf Erbschulzen angewendeten Bestimmung des § 51 Alig. Landr. Theil II. Tit. 7, wonach von einem Schulzen nicht mehr verlangt werden darf, als daß er nothdürftig lesen und schreiben könne und von untafelhaften Sitten sei, eine höchst nachtheilige Beschränkung.“ Die ausdrückliche Beseitigung dieser Beschränkung wird daher im § 18 des vorliegenden Entwurfs ausgesprochen.

Bei dem Gesetz-Entwurf, betreffend die Einrichtung und die Befugniss der Ober-Rechnungskammer, welcher 21 Paragraphen umfaßt, ist die Regierung (nach den Motiven) davon ausgegangen, daß die Ober-Rechnungskammer seit dem Bestehen der Verfassungs-Urkunde die Bestimmung hat, sowohl für die Zwecke der Staatsregierung, als für die der Landesvertretung wirklich zu sein. Ihre Aufgabe ist, in beiden Beziehungen die Staatsrechnungen zum Zwecke der Feststellung, ob die Verwaltung des Staatsvermögens und der Staatsfinanzen ordnungsmäßig geführt oder eine Vertretung (Verantwortlichkeit) aus derselben begründet sei. Die Ober-Rechnungskammer soll also die aus der Verwaltung sich ergebende Verantwortlichkeit, wie dieselbe einerseits im Innern des Verwaltungs-Organismus, in höchster Instanz gegenüber dem Könige, andererseits gegenüber der Landes-Vertretung besteht, zur thatsächlichen Ercheinung und dadurch zur Geltung bringen.“ Es muß also durch das Gesetz zur Ausführung des Artikels 104 der Verfassungs-Urkunde „die Klarstellung der den verwaltenden Staats-Gehörigen obliegenden Verantwortlichkeit nach allen Seiten gesichert sein.“ Daher ist zunächst in der Einrichtung die Unabhängigkeit der Ober-Rechnungskammer sicher zu stellen: sie muß selbstständig neben der Verwaltung ihre Stelle finden, nur dem Könige untergeordnet, von den Ministern unabhängig sein, wie dies bereits nach der Instruction vom 18. Dezember 1824 ihre Stellung ist; ihre Mitglieder müssen in amovibl sein; der vorliegende Entwurf stellt sie den Richtern gleich und erklärt, mit Ausschließung des Gesetzes vom 21. Juli 1852, die für richterliche Beamten geltenden Disziplinar-Vorschriften auf sie für anwendbar. „Außerdem hat eine besondere Gewähr der Selbstständigkeit und Unparteilichkeit in der Durchführung der zur Zeit nur in sehr beschränktem Maße bestehenden collegialischen Verfassung gefunden werden müssen; auch in dieser Beziehung hat der Gesetz-Entwurf die Gleichstellung der Ober-Rechnungskammer mit richterlichen Behörden zum Ziele genommen.“ — Ihre Befugnisse regeln sich danach, daß nach der Natur ihrer Berichtigungen „ihrer Revision alle Rechnungen unterliegen, welche über die Einnahmen und Ausgaben von Staatsgeldern, über den Zugang und Abgang von Staats-Eigentum und über die Verwaltung der Staatschulden zu führen sind. Dabei machen sich jedoch verschiedene Gesichtspunkte geltend, je nachdem die Thätigkeit der Ober-Rechnungskammer

für die Zwecke der Staatsregierung oder für die der Landesvertretung in Anspruch genommen wird. Die Erhaltung einer geordneten Verwaltung erheischt vom Standpunkt der Staatsregierung die Revision sämlicher, sowohl Geld- als Naturalien-Rechnungen, bei deren Ergebnissen ein vermögensrechtliches Interesse des Staates obwaltet, oder deren Führung auch nur in Ausübung des disciplinaren Aufsichts-Rechts zu überwachen ist. Die Zuständigkeit der Häuser des Landtags zur Entlastung der Staatsregierung dagegen, macht lediglich die Revision derjenigen Rechnungen erforderlich, durch welche die Ausführung des alljährlich festgestellten Staatshaushalt-Ests und der ihm zum Grunde liegenden Ests nachgewiesen wird. Die Revision der Rechnungen im Interesse der Staatsregierung hat ferner den Zweck, die Verantwortlichkeit sämlicher rechnungsführenden Beamten sowohl, als der verwaltenden Behörden in ihrer verfassungsmäßigen Gliederung festzustellen, während der Landesvertretung gegenüber nur die der Staatsregierung in ihrer Gesamtheit, d. h. die den Ministern obliegende Verantwortlichkeit, dieselbe möge durch die eigenen Verwaltungsalte der letzteren begründet sein, oder durch Handlungen ihrer Untergebenen, welche sie zu vertreten haben, in Frage kommen kann.“ Was endlich den Umfang der Verwaltungsvorbindlichkeit betrifft, so besteht dieselbe im Innern der Verwaltung in oberster Linie dem Könige gegenüber, in soweit überhaupt von irgend einem Gesetz oder einer den Behörden gegebenen Vorschrift oder von einem für sie maßgebenden Verwaltungsgrundsatze abgewichen ist. Dagegen kann eine Verantwortlichkeit den Häusern des Landtages gegenüber nur auf Abweichungen von den Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushalt-Ests und des die Anlage dieses Gesetzes bildenden Staatshaushalt-Ests selbst gegründet werden. Eine ausgedehnte Verantwortlichkeit können die Häuser des Landtages auf den Grund ihrer Befugniss zur Entlastung der Staatsregierung nicht geltend machen.“ Von diesen Gesichtspunkten aus ist: 1) daran festgehalten, und zwar namentlich um „die Häuser des Landtages in den Stand zu setzen, sich auf Vorlegung der allgemeinen Jahresrechnung über die Entlastung der Staatsregierung auszusprechen, daran festgehalten, daß der Ober-Rechnungskammer die Prüfung seiner Rechnung entzogen werden dürfe, bei welcher es sich (wie Fonds zu geheimen Ausgaben abgerechnet) um eine der in dem Staatshaushalt-Est und in den Ests, aus denen sich derselbe konstruiert, vor kommenden Einnahmen und Ausgaben handelt.“ Für die Zwecke der Verwaltung muß die Ober-Rechnungskammer ein Recht haben, „die Übereinstimmung der Verwaltungsalte mit den bestehenden Vorschriften und Verwaltungs-Grundsätzen zur Beurtheilung zu ziehen, bei der Prüfung der Rechnungen für erforderlich erachtete Information einzuziehen, bei dem Erlass allgemeiner Anordnungen über das Kosten- und Rechnungswesen mitzuwirken, Termine zur Erledigung ihrer Forderungen festzutellen, ergangenen Verfügungen nötigenfalls durch Strafbefehle Folgeleistung zu fordern.“ — Endlich die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer nach vollzogener Prüfung der Rechnungen: das Anerkenntnis einer Rechnung als richtig bereit den rechnungsführenden Beamten wie eine Quittung; mit der Beitreibung der Defekte hat die Ober-Rechnungskammer nichts zu thun und ebenso wenig gewähren ihre Feststellungen als solche einen executorischen Titel, da ihr weder die Attributonen einer richterlichen noch die einer Verwaltungsbehörde zufallen; die Ausführung ihrer Monita geht lediglich die Verwaltungsbehörden an, und die Verantwortlichkeit dafür gipfelt in der Person des Minister. Die Landesvertretung ihrerseits kann die Entlastung der Staatsregierung nicht versagen, so weit keine Abweichungen von den Normen des publicirten Staatshaushalt-Ests vorgekommen sind. Weiter geht die Kompetenz des Landtages nicht, und dem entsprechend ist auch die Aufgabe der Ober-Rechnungskammer, für die Zwecke der Landesvertretung mitzuwirken, damit als abgeschlossen zu bezeichnen, daß sie die in Artikel 104 der Verfassungsurkunde vorgebrachten Bemerkungen über den Staatshaushalt aufstellt und so der Landesvertretung das zu einem gewissenhaften Urteil nötige Material liefert. „Insbesondere kann die Ober-Rechnungskammer nicht berufen sein, sich an einer Erörterung ihrer Bemerkungen in den Häusern des Landtages zu beteiligen, mit welchen sie in ihrer Eigenschaft als Staatsbehörde überhaupt in keine unmittelbaren Beziehungen treten kann.“ — Im Anschluß daran kann hier gleich erwähnt werden, daß die in dem Bockum-Dolssischen Entwurf in Aussicht genommene Befreiung der Landesvertretung an der Ober-Rechnungskammer, etwa durch eine Commission wie bei der Staatschulden-Verwaltung in dem vorliegenden Entwurf nicht beabsichtigt ist.

Zur Characterisirung des vorliegenden Entwurfs aus welchem einzelne Bestimmungen nachzutragen sein werden sei noch erwähnt, daß es nach den Motiven „nicht sowohl der Aufstellung neuer Bestimmungen bedarf, als vielmehr der Haupttheile nach nur darauf hat ankommen können, dem von langer Zeit bei Bestehenden und Bewahrten die gelegliche Sanction zu vermitteilen.“ K. C. Berlin, 27. Jan. [Vom Landtage.] — Die Kreisordnung. — Die im Herrenhause eingekrachte Kreisordnung liegt gedruckt vor. Die wesentlichsten Bestimmungen derselben sind: „Die Organe des Kreises sind der Landrat, die Kreisvertretung (Kreistag) und der Kreis-Ausschuß.“ (§ 2.) Für die sechs östlichen Provinzen besteht der Kreistag: 1) aus den in das Herrenhaus berufenen Besitzern solcher höheren Gutsbesitzerei, auf denen das Recht erblicher Mitgliedschaft des Herrenhauses radizirt ist; 2) außerdem, in Kreisen, welche mit Auschluß der im aktiven Militärdienste stehenden Personen, 30,000 oder weniger Einwohner haben, (es sind in der ganzen Monarchie nur vier), aus 15 Mitgliedern. In Kreisen mit mehr als 30,000 Einwohnern tritt für jede Volksgemeinde von 2000 Einwohnern ein Vertreter hinzu, jedoch darf die Zahl von 60 niemals überschritten werden.“ Zum Zwecke der Wahl der Kreistags-Abgeordneten werden drei Wahlverbande gebildet: der des großen ländlichen Grundbesitzes, der der Landgemeinden und der der Städte. Zum Wahlverbande des großen ländlichen Grundbesitzes gehören 1) alle im Kreise gelegene Güter, welche nach dem neuen Grundsteuerfeste einen jährlichen Reinertrag von 2000 Thlr. gewähren; bis zur Feststellung des Reinertrages der Güter nach dem bezeichneten Gesetz ist derselbe, soweit er nicht auf Notorietät beruht, nach sachverständiger Ermejenz zu bestimmen; Staatsdomänen und Oberförsterei-Besitz mit einem Reinertrag von 2000 Thlr. haben das gleiche Recht; 2) Diejenigen kleinen Güter, mit welchen bisher die Kreisständigkeit verbunden war und welche einen Reinertrag, beziehungsweise einen Umsatz haben, der nach der bis-

herigen Verfassung in den verschiedenen Landestheilen zur Erhaltung der Rittergüter-Qualität im Falle freiwilliger Parzellierung erforderlich war, jedoch nur so lange, als das bei Publikation dieses Gesetzes vorhandene Gütsareal nicht durch freiwillige Parzellierung vermindert wird.“ — Der vorjährige Entwurf ging zu Gunsten der großen Güter weiter; die jetzige Modifikation ist von der Ermägung ausgegangen, daß in den östl. Prov. nicht, wie in den westlichen zur Aufnahme in die Rittergutsmatrizen ein bestimmter Umfang oder Beitrag erforderlich ist; daher finden sich nicht selten freitagsfähige Rittergüter, die kleinere sind als ein mäßiges Bauerngut, ja als ein Bauern-Grundstück, nach Ablösung der früheren Real-Berechtigungen wäre die fernere Begünstigung eine ungerechtfertigte Anomalie. Fortan werden nur, bisher mit der Kreisständigkeit ausgestattete Güter auch dann dem Wahlverbande des großen Grundbesitzes angehören, in der Prov. Preußen, wenn der Beitrag die Summe von 500 Thlr. erreicht; in der Prov. Brandenburg a) Kurmark, wenn das Areal des Gutes noch 1000 Morgen umfaßt oder die Einnahme 1000 Thlr. baare Gefälle oder 50 Wsp. Pächte erreicht, b) Neumark, wenn die Grundfläche mindestens 1000 Morgen mit einem Werthe von mindestens 20,000 Thlr., c) Niederlausitz, wenn die Grundfläche noch 500 Morgen umfaßt; in der Prov. Pommern, wie in der Kurmark; in der Prov. Schlesien a) in Schlesien und der Grafschaft Glatz, wenn das Gut Reinertrag von 1000 Thlr. gewährt, b) in der Oberlausitz, wie in der Niederlausitz; in der Prov. Polen, wenn das Guts-Areal 1000 Morgen, darunter 500 Morgen urbane Landes, beträgt; und in der Prov. Sachsen, wenn das Gut ein nach landwirthschaftlichen Prinzipien berechnetes reines Einkommen von 1000 Thlr. gewährt.“

Der Wahlverband der Landgemeinde umfaßt 1) die sämlichen Landgemeinden des Kreises, mit Auschluß solcher Gemeinde-Mitglieder, deren im Gemeinde-Bezirk belegenen Grundstücke zu dem Verbande des großen ländlichen Grundbesitzes gehören; 2) diejenigen selbstständigen Güter, welche nicht zu dem Verbande des großen Grundbesitzes gehören. Der Wahlverband der Städte umfaßt die städtischen Gemeinden des Kreises. — Die letzteren wählen Vertreter nach dem Verhältniß der ländlich-städtischen Bevölkerung; doch darf deren Zahl den dritten Theil der Gesamtzahl der Kreistags-Abgeordneten nicht übersteigen. 2) „Die nach Abzug der städtischen Abgeordneten übrig bleibende Zahl ist zwischen dem Verbande des großen Grundbesitzes und dem der Landgemeinden nach dem Verhältniß des Flächenumfangs der Grundstücke mit folgender Maßgabe zu verteilen: a) erreicht oder übersteigt die Zahl der großen Besitzungen die Hälfte der Vertreter des platten Landes, so ist jenen mindestens eine dieser Hälfte gleichkommende Zahl von Abgeordneten zuzuweisen; b) bleibt sie unter der Hälfte, so erhält der Wahlverband des großen Grundbesitzes mindestens so viel Abgeordnete, als große Besitzungen vorhanden sind.“ — Der vorjährige Entwurf beginnt die großen Grundstücke stärker; die damalige Commission des Hauses der Angeordneten wollte es dagegen lediglich bei der Vertretung der Kreistags-Abgeordneten nach Maßgabe der Seelenzahl und des Flächenumfangs bewenden lassen. Die Regierung kann aber auch jetzt nicht zugeben, daß die Vertreter des großen Grundbesitzes „in vielen Kreisen zu einer ganz unbedeutenden Minorität herabgedrückt“ werden. Die jetzt vorgeschlagene Verteilung entspricht den realen Verhältnissen und sorgt für eine ausreichende Vertretung aller drei Elemente. Wie sich aus einer beigefügten Nachweisung ergibt, würden in allen Regierungsbezirken der östlichen Provinzen mit Ausnahme von Stralsund und Oppeln, und mit etwas zahlreicheren Ausnahmen, auch in den einzelnen Kreisen, die Vertreter der Städte und der Landgemeinden zusammenommen immer in der Majorität sein gegen die Vertreter des großen Grundbesitzes; die Vertreter der Städte haben nur in dem einen Kreise Magdeburg die Majorität, wo die beiden anderen Kategorien gar nicht vertreten sind.

Auf die einzelnen Städte werden die Abgeordneten nach der Seelenzahl, auf die Gemeinden und Gutsbezirke nach Maßgabe des Flächenumfangs ihrer Feldmarken verteilt. Verteilung, Festsetzung der Wahlbezirke u. dgl. erfolgt durch die Bezirks-Regierung auf Vorschlag des Kreis-Ausschusses. — Die großen Grundbezirke haben bei der Wahl jeder so viel Stimmen, als er zu dem Wahlverbande des großen ländlichen Grundbesitzes gehörige Güter besitzt; jedoch darf die Zahl der hier nach in einer Person vereinigten Stimmen niemals den vierten Theil aller betreffenden Güter übersteigen. Die Wahl der dem Wahlverbande der Landgemeinden zugehörigen Abgeordneten wird in Gemeinden, welche einen eigenen Vertreter zu wählen haben, in der Gemeindeversammlung, und wenn die Gemeinde eine gewählte Vertretung hat, von dieser vollzogen. In jeder mit anderen Landgemeinden oder mit selbstständigen Gutsbezirken zu einem Wahlbezirk vereinigten Gemeinde wählt die Gemeinde-Versammlung, beziehungsweise die gewählte Gemeinde-Vertretung, mindestens einen Wahlmann. Gemeinden, deren Feldmarken 1000 Morgen umfassen, haben zwei Wahlmänner und größere Gemeinden auf jede 500 Morgen noch einen Wahlmann mehr zu wählen. Die Wahl der städtischen Kreis-Abgeordneten erfolgt in denjenigen Städten, welche mindestens einen Abgeordneten zu wählen haben, durch den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung, welche zu diesem Bevölker unter dem Vorz. des Bürgermeisters zu einem Wahl-Collegio vereinigt werden. In denjenigen Städten, welche mit anderen Städten des Kreises zu einem Wahlbezirk vereinigt sind, haben der Magistrat und die Stadtverordneten in vereinigter Sitzung auf je 250 Einwohner einen Wahlmann zu wählen. Die Städte wählen ihre Vertreter resp. Wahlmänner nur aus sich, die beiden anderen Kategorien können eine aus der anderen wählen. Die Kreistags-Abgeordneten werden auf 6 Jahre gewählt; alle 3 Jahre scheidet die Hälfte der Abgeordneten eines jeden Wahlverbandes aus und wird durch neue ersetzt.

Für die westlichen Provinzen besteht der Kreistag: 1) „aus den in das Herrenhaus berufenen Besitzern solcher höheren Gutscomplex, auf denen das Recht erblicher Mitgliedschaft des Herrenhauses radizirt ist; 2) aus Vertretern der großen ländlichen Grundbesitzes gehörige Güter, welche mindestens einen Abgeordneten zu wählen haben, durch den Magistrat und die Stadtverordneten der dem Kreise vorhandenen Ämter beziehungsweise Bürgermeistereien und der zu einem Sammel-Gemeindeverbande nicht gehörigen Städte.“ — Als große Güter werden alle diejenigen angesehen, welche als ein Ganzes bewirtschaftet werden können u. a) entweder einen jährlichen Reinertrag von 1000 Thlr. gewähren (und ebenso die Staats-Domänen und Oberförsterei-

Theater.

Montag, den 27. Januar: Die Hochzeit des Figaro.

In der diesmaligen Vorstellung, welche zur Erinnerung an Mozart's Geburtstag stattfand, waren die Rollen der „Gräfin“ und der „Susanna“ neu besetzt. Die erstere sang Fr. Nachtigal „als Gast“, die zweite Fr. Flies. Die „Gräfin“, eine vorwiegend lyrische Natur, verlangt für den Vortrag der edlen, tief innerlichen Cantilenen einen vorzugsweise weichen, elegischen Ausdruck, der unserem Gäste nicht in hinlänglichem Maße zu Gebote zu stehen scheint. Der Vortrag des Fr. Nachtigal empfiehlt sich durch Bestimmtheit und Korrektheit, was aber für das reiche Empfindungsleben der Mozart'schen Gestalt nicht ausreicht. — Männlich vermittelten wir in der ersten Arie jenen warmen Hauch sehnuchtsvollen Kummars, der das ganze Musikstück durchzieht. Bei weitem gelungener war der Vortrag der bewegter gehaltenen zweiten Arie, nach welcher die Sängerin auch durch rauschenden Beifall ausgezeichnet wurde.

Eine viel complicirtere Gestalt, als die Gräfin, ist ihre Kammerzofe „Susanna“, die schon in musikalischer Hinsicht die am meisten beschäftigte Figur der ganzen Oper ist. Wir müssen es Fr. Flies zum Ruhme nachsagen, daß, obwohl sie in der Partie neu war, sie doch durchweg in den Arien nicht minder, wie in den zahlreichen Ensembles mit großer Sicherheit aufftrat, und im Allgemeinen auch den Grundton des Charakters, die Mischung von fröhlicher Schalkhaftigkeit und warmer Empfindung richtig traf. Die Einzelheiten sind freilich noch nicht recht herausgearbeitet, und mancher Zug tritt in dem Bilde noch nicht scharf genug hervor. Die köstliche Arie im 2. Akt z. B. bei der Verkleidung des Pagen muß leichter, freier, im Charakter einer unschuldigen Neckerei ausgeführt werden. Der Vortrag der sogenannten „Gartenarie“ dagegen (4. Akt) zeichnete sich durch ein warmes und inniges Colorit aus und wurde von dem Publikum auch mit den lautesten Beifallsbezeugungen aufgenommen, wie denn überhaupt die ganze Vorstellung der Oper, deren Besetzung in den anderen Rollen hinlänglich bekannt ist, die beifälligste Aufnahme fand. M. K.

** Pariser Plaudereien.

Paris, 24. Januar.

Auch die neuere französische Sittenkomödie hat ihre Klassiker, deren Aussprüche sich nicht minder dem Volksgedächtnis eingeprägt haben, als die Sentenzen Schillers dem Gedächtnis der deutschen Nation. Zu diesen Klassikern gehört Ponson, dessen „l'honneur et l'argent“ neuerdings vom andern Ufer der Seine in das Théâtre français übergesiedelt ist. Der Weg vom Odéon zum klassischen Theater der Rachel bleibt immer ein gefährlicher, obgleich ihn mehrere Stücke von Augier und die berühmte Eccece von Ponson mit gutem Glück zurückgelegt haben. „L'honneur et l'argent“, nächst Charlotte Corday das beste Drama von Ponson, hat in der Rue Richelieu dieselben warmen Sympathien hervorgerufen, welche ihm im Odéon zu Theil geworden waren. Die schönen Verse, die kräftigen Sentenzen, an denen das Stück reich ist, wurden beifällig aufgenommen. Unter diesen Versen befindet sich einer, der bereits in Aller Munde, und der deshalb ebenso schwer auf der Bühne zu sprechen ist, wie einige Verse in den Schiller'schen Tragödien, Verse, die durch den langen Gebrauch ganz abgetragen sind. Dieser Vers enthält den berühmten Schmerzenschrei von George:

Moi qui n'ai pas diné pour acheter des gants
(Ich, der ich nicht zu Mittag aß, um mir Handschuhe kaufen zu können). Diesen Schmerzenschrei der Proletarier in schwarzer Frack stieß der zigeige Darsteller der Rolle hablaubt und mit möglichst geringer Betonung aus, während der frühere, Laferrière, ihn so laut schrie, als es seine Lunge nur irgend erlaubte.

Das neue Lustspiel von Dumanoir und Lafargue: „Les invalides du mariage“, welches am Gymnase-Theater zur Aufführung kam, ist ebenfalls eine französische Sittenkomödie, deren erster Akt recht pittoresk beginnt, die aber am Schlus in Trivialitäten und Karikaturen ausläuft, und deren Moral ein unaufgelöster Rebus bleibt. Der Held ist ein gewisser Baginet, ein Lovelace der pariser Bourgeoisie, der jetzt auf den Lorbern austruhen will, die er seit zwanzig Jahren gepflügt hat. Er ist in die Provinz gekommen, um sich zu verheirathen; er will mit seiner Frau in der Provinz bleiben, und im Schatten einer glücklichen Ehe, allen Anstrengungen fern bleiben, selbst den idyllischen, welche das Ackerbau und Kohlpflanzen mit sich bringt. Lehnstuhl, Pantofel und Schafrock — das ist sein Traum und der Katalog seiner Modeartikel,

Frühstück um 11 Uhr, Mittag

bezirke von 1000 Thlr. Reinertrag), oder b) zwar diesen Katastral-Reinertrag nicht gewähren, aber bisher zu einer Stimme auf dem Kreistage berechtigt waren, diese letzteren jedoch nur so lange, als der bei Publikation des gesetzlichen Gesetzes vorhandene Katastral-Reinertrag nicht durch freiwillige Parzellierung vermindert wird. Die großen Güter haben mindestens ein Drittheil der Kreisvertretung, aber nie mehr als die Hälfte. (Nach den Motiven ist zwar die Vertretung des großen Grundbesitzes in den westlichen Provinzen anders zu normiren, als in den östlichen Provinzen, aber die Notwendigkeit einer besonderen Vertretung derselben auf den Kreistagen ist auch von den betreffenden Provinziallandtagen anerkannt. Nach der beigefügten vergleichenden Übersicht über das Zahlenverhältnis der Vertretung werden Städte und Landgemeinden zusammen immer in bedeutender Mehrheit gegen den großen Grundbesitz sein; in einigen industriellen Kreisen der Rheinprovinz überwiegen die Städte). — Für die Städte und Gemeinden bedarf es in den westlichen Bezirken der Bildung besonderer Wahlbezirke nicht; die Amts- resp. Bürgermeisterei-Versammlungen, und in den Städten die Magistrate mit den Stadtverordneten zusammen, resp. die Stadtverordnetenversammlungen und Bürgermeister, Beigeordneten und Schöffen bilden die Wahl-Collegien. „Die Zahl der von den Amtmännern resp. Bürgermeistern und den Städten zu wählenden Abgeordneten wird in der Weise bestimmt, daß von jedem Amt (Bürgermeisterei) und von jeder Stadt bei 5000 oder weniger Einwohnern (mit Auschluß der im aktiven Militärdienste stehenden Personen) ein Abgeordneter, bei 5001 bis 10,000 Einwohnern zwei Abgeordnete, und bei mehr als 10,000 Einwohnern drei Abgeordnete zu wählen sind.“

In Bezug auf die Rechte und Pflichten des — jährlich mindestens einmal zusammenzuberuhenden Kreistages und des aus 4 Kreisdeputaten und dem Landrath bestehenden Kreisausschusses, welcher die Beschlüsse des Kreistages vorzubereiten und bei deren Ausführung den Landrath zu unterstützen, den Kreishaushalt zu entwerfen u. s. w. hat, und ebenso in Bezug auf die für gewisse Beschlüsse des Kreistages erforderliche Genehmigung der Bezirksregierung resp. Bestätigung des Königs stimmt der jetzige Entwurf einer Kreisordnung mit dem vorjährigen überein. Wichtig ist eine Abweichung, daß der Landrath vom König ernannt wird; ob auf Lebenszeit, oder überhaupt auf wie lange, ist nicht gefragt. In den Motiven heißt es darüber: Seit dem Edict vom 30. Juli 1812 wegen Erneuerung der Kreis-Direktoren durch den Staat hat kein Gesetz über eine Mitwirkung der Kreisstände bei Wiederbelebung erledigter Landratsstellen etwas bestimmt. Durch Reglements und Kabinettsordres ist ein Präsentationsrecht eingeräumt, aber „da diese Reglements und Ordres nicht in der Form von Gesetzen erlassen und publiziert worden sind, so ist die Krone unzweifelhaft befugt, einseitig daran zu ändern“, und sie hat von dieser Befugnis bereits Gebrauch gemacht, indem sie das den Kreis-Versammlungen der Provinz Posen eingeräumte Wahlrecht durch die Ordre vom 2. Februar 1833 einstweilig suspendirt hat. Es liegt zur Zeit, zumal mit Rücksicht auf Art. 47 der Verfassungs-Urtur (Executive der Krone), keine Veranlassung vor, die diesfälligen Machtbefugnisse der Krone irgendwie gesetzlich zu beschränken. Die wichtige Stellung, welche das bewährte Institut der Landräthe, dessen Bedeutung mit der Entwicklung der Monarchie selbst gewachsen ist, in dem gesamten Staatsorganismus einnimmt, wird es unter allen Umständen wünschenswert machen, daß zu Landräthen so viel als möglich nur Männer bestellt werden, denen das Vertrauen der Kreisvertretung in gleicher Weise zur Seite steht, wie die Überzeugung der Staatsregierung von ihrer Fähigung zu dem Amte. Hierin liegt eine hinreichende Bürgschaft dafür, daß die Krone wie bisher, ja auch in Zukunft der Kreisvertretung jede mit den Anforderungen des Staatsdienstes irgend vereinbare Mitwirkung bei Wiederbelebung erledigter Landratsstellen einräumen wird. Eine solche Bürgschaft durch eine allgemeine Zusage ohne bestimmte Formulirung der Modalitäten in das Gesetz aufzunehmen, ist immer unzweckmäßig und — wenn nicht schädlich, doch überflüssig. Die geflügelte Feststellung einer bestimmten Mitwirkung der Kreisvertretung bei der Bekanntmachung der Landratsstellen würde aber die Krone in einer dem Staatsinteresse durchaus nicht förderlichen Weise beschränken. Denn es darf nicht übersehen werden, daß in demselben Maße, in welchem die Befugnisse der Kreisvertretung hinsichtlich der Selbstverwaltung der Kreisangelegenheiten ausgedehnt werden, die bisher in der landräthlichen Stellung liegende Function, den Kreis auch der Regierung gegenüber zu vertreten, an Bedeutung verliert, dagegen die Stellung des Landraths als eines Organs der Staatsregierung in den Vordergrund tritt.“

** Berlin, 27. Jan. [Illegalität des Herrenhauses.] — Die Militärconvention. Die Bresl. Ztg. brachte zuerst die Nachricht, daß Hr. Twesten einen Antrag auf die Illegalität des Herrenhauses stellen würde. Damals wurde die Mitteilung von mehreren Seiten dementirt; heute meldet der „Publizist“: „Es hat doch seine Nichtigkeit, daß der Abgeordnete Stadtgerichtsrath Twesten in dem Abgeordnetenhaus den Antrag stellen will, daß Herrenhaus für illegal zu erklären. Eine hierüber von ihm abgefaßte Denkschrift circuliert bereits unter den Mitgliedern der Fortschrittspartei. Bei der Grabowschen Fraction dürfte dieser Antrag wohl nicht auf Unterstützung rechnen können, vorausgesetzt, daß sie mit dem von ihrem Chef vorgeschlagenen sanften Auftreten einverstanden ist. Herr Grabow will nämlich erst abwarten, ob das Herrenhaus sich völlig incorrigibel zeigen wird, und dann „ehrfürchtig“ Sr. Majestät vorstellen, daß es wohl gut wäre, in Bezug auf das Herrenhaus Anordnungen zu treffen, welche dessen Widerstand gegen den Fortschritt zu brechen geeignet sind.“ — Den „Hamb. Nach.“ wird von hier geschrieben; Ein Mißverständnis läßt das hiesige Kabinett für die mit mehreren Staaten in Verhandlung stehenden Militär-Conventionen hartnäckig die Bestimmungen der Convention mit Coburg-Gotha als maßgebend festhalten. In Wahrheit ist davon keine Rede. Wie wir vernehmen, existiren ausdrückliche Erklärungen des Grafen Bernstorff, nach denen Preußen den besonde-

ren Bedürfnissen und Verhältnissen der einzelnen Staaten bei solchen Conventions jede Rücksicht angedeihen zu lassen bereit ist. Es schwelen gegenwärtig Verhandlungen über bezügliche Conventions u. a. auch mit Staaten des 10. Bundes-Armee-Corps.

Naumburg a. d. S., 25. Jan. Bekanntlich hat am 26. Oktbr. v. J. eine Versammlung von Volkschullehrern Berlins beschlossen, ihre Wünsche in Bezug auf das erwartete Unterrichtsgesetz in einer Denkschrift an den Hrn. Kultusminister, resp. eine Petition an das Haus der Abgeordneten auszufordern und alle Volkschullehrer Preußens zur Theilnahme an dieser Vorlage aufzufordern. In Folge hieron ist auch die Mehrheit der hiesigen Volkschullehrer zur Beratung über die von der oben genannten Versammlung bereits festgestellten vierzehn Sätze wiederholt zusammengetreten und hat gestern in einer motivirten Zuschrift ihre volle Zustimmungserklärung nach Berlin abgeben lassen. Außerdem machen die betreffenden Lehrer ihrer Stadt ihren Berliner Kollegen noch den Vorschlag, als spezielles Petition in die Gesamt-Petition u. a. noch folgendes aufzunehmen: „Es ist höchst wünschenswert, daß das Haus der Abgeordneten bei der Staatsregierung dahn wirke, daß das Pestalozzi'sche Prinzip in seiner Integrität wieder hergestellt und ein diezen Prinzipien entsprechender allgemeiner Lehrplan für die Monarchie entworfen werde und zwar einer für die einklassige und ein zweiter für die mehrklassige Volkschule. Die Entwurfung dieses allgemeinen Lehrplans müßte aber nicht einseitig von Theologen und Bebörden, sondern gleichzeitig auch von Pädagogen und hierzu befähigten Volkschullehrern besorgt, damit auch die tägliche Schulpraxis ihr Potent in die Waagschale legen könnte und eine weise Auswahl der Stoffe ermöglicht und das Maß des Erreichbaren nicht überschritten würde.“ (R. B.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 26. Jan. [Bundestagsitzung.] Der officielle Bericht über die Bundestagsitzung vom 23. d. lautet: Präsidium brachte eine ihm von dem großherzoglich badischen Gesandten übergebene Vollmacht vor, durch welche die Gesandte von Seiten Sr. Durchlaucht des Fürsten von Waldeck einzuweilen und bis zur Bestellung eines gemeindlichen Curiatgesandten für die 16. Curie, als fürstliches Bundestagsgesandter bestimmt wird. Die Bundesversammlung genehmigte diese provisorische Bevollmächtigung und beschloß ferner zur Erörterung einiger bei diesem Anlaß von neuem auftauchten Fragen einen Ausschuß zu bestellen. — Königreich Sachsen stellte in Erwägung des völlig Ungenügenden der bisherigen Bundesbeschlüsse wegen Schutzes für Werke der Literatur und Kunst gegen Nachdruck und des folgeweisen verschiedenartigen Entwicklungsganges der Special-Gesetzgebung und der Praxis in den einzelnen Bundesstaaten wegen Behandlung dieser Frage, und in endlicher Erwägung, daß solcher Zustand vom größten Nachteil für den Buch- und Kunstabend und rückwärts auf die literarische und künstlerische Thätigkeit sei, den Antrag: Hohe Bundesversammlung wolle beschließen: 1) daß eine, derartige Abweichungen ausschließende, spezielle Regelung der Nachdrucksfrage durch ein allgemeines deutsches Gesetz gegen den Nachdruck dringend wünschenswert, 2) daß deshalb zum Gebot der Beratung eines solchen Gesetzes eine Commission von den einzelnen Bundesstaaten abzuordnen Sachverständigen zu bilden und 3) dieser Beratung der von dem Ausschuß des Börsenvereins deutscher Buchhändler ausgearbeitete Entwurf zu Grunde zu legen sei, der sich als Ausdruck der Ansichten und Wünsche der zunächst beteiligten sowohl, als wegen seiner Vollständigkeit zu diesem Zwecke wohl eigne; daß endlich 4) die Commission den aus ihren Berathungen schließlich hervorgehenden Gesetzentwurf der Bundesversammlung zu weiterer Bevollmächtigung vorzulegen habe. Bayern und Württemberg erklärten ihr Einverständniß mit diesem Antrag und beschloß man, in nächster Sitzung einen Ausschuß zur Begutachtung derselben zu wählen. — Nachdem sodann von mehreren Gesandten die Einzahlung der laufenden Beiträge zur Unterstützung der Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde angezeigt, auch für Württemberg und Großherzogthum Hessen die Bereitwilligkeit erklärte worden war, an den hier von Fachmännern zu pflegenden commissionellen Verhandlungen behufs Abschaffung gutachtlicher Vorschläge für eine gemeinsame Regelung der zum Schutz für Erfindungen aufzustellenden Vorschriften durch Abordnung eigener Commissäre — deren Denominirung vorbehalten bleibt — sich zu beteiligen, nachdem endlich von Baden eine Denkschrift zur Begründung eines von der großherzoglichen Regierung in der französischen Verfassungsangelegenheit früher gestellten Antrags mit dem Erfuchen um Überweisung an den betreffenden Ausschuß überreicht worden war, ging man zunächst den Vortrag des bezüglichen Ausschusses über das Ergebnis der wegen Annahme der von den nürnbergischen Handelsgelehrten-Bundescommission hinsichtlich der deutschen Wechselordnung gemachten Vorschläge von den einzelnen Bundesregierungen abgegebenen Erklärungen — zu welchen sich in der heutigen Sitzung noch diejenige Nassau's gesellte hatte. Da nur wenige Regierungen noch mit ihren Erklärungen sich im Rückstande befinden, auch nach weiterer Darlegung des Ausschusses aus dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit das Vorhandensein eines allseitigen Einverständnisses unter denjenigen Regierungen, welche sich erklärten haben, angenommen werden darf, so beantragte der Ausschuß und beschloß die Bundesversammlung: 1) an sämtliche höchsten und hohen Regierungen, in deren Staaten die deutsche Wechselordnung Geltung hat, die Einladungen zu richten, die als Beilage abgedruckten acht Vorschläge der Commission zu Nürnberg zur Ergänzung der deutschen Wechselordnung, mit Substitution des eventuellen Vorschlags zu Nr. 4, baldmöglich und unverändert in ihren betreffenden Ländern zur gesetzlichen Einführung zu bringen; 2) den Wunsch auszusprechen, die höchsten und hohen Regierungen möchten mit der Anzeige über den Einführung ihre Bereitwilligkeit erläutern, allenfalls, künftig als wünschenswert erscheinende Änderungen und Ergänzungen der deutschen Wechselordnung nicht einseitig vornehmen, sondern auf denselben Wege, wie die vorliegenden Ergänzungen zu Stande gekommen sind, hervorrufen zu wollen; 3) der Anerkennung der Verdienste, welche sich die Commission zu Nürnberg, insbesondere deren Referent, der t. sächsische Appellationsrath Dr. Laußnitz, durch die mit Eifer und Sachkenntniß glücklich gelösten Streitfragen über die deutsche Wechselordnung er-

worben haben, besonderen Ausdruck zu verleihen. — Ein fernerer Vortrag betrifft den Eratz des ökonomischen Referenten in der Militär-Commission für den in l. bairische Dienste übergetretenen Ober-Kriegscommisär Feinauer, und wurde beschlossen, unter dankbarer Anerkennung des bundesfreundlichen Entgegenkommens der l. württembergischen Regierung dem dortigen Ober-Kriegscommisär habemach die provisorische Wahrnehmung der Geschäftsführung eines ersten ökonomischen Referenten der Militär-Commission zeitweilig zu übertragen. — Andere zur Verhandlung gestammte Gegenstände betrafen die Verhältnisse der Bundesfestungen. — Endlich wurde über die Antrede des in einer früheren Sitzung erstatteten Vortrags des Militär-Ausschusses wegen sofortiger Ausführung eines bezüglich der Revision der Bundes-Kriegsverfassung unter dem 27. April v. J. gefassten Beschlusses abgestimmt und demgemäß beschlossen: Die höchsten und hohen Regierungen zu veranlassen, die unter dem 27. April v. J. beschlossen Erhöhung der Eratz Contingente auf 3 p.C. der Matrikel unverzüglich auszuführen und spätestens in den am 1. Februar 1863 einzureichenden Standeslisten als vollzogen nachzuweisen. (N. Pr. 3.)

Kassel, 26. Jan. [Burücknahme von Anklagen.] In Betreff der von der „Zeit“ gebrachten Nachricht, daß wiederum zwei Anklagen gegen die Hess. Morg-Ztg. erhoben seien, kann zuverlässig mitgetheilt werden, daß dieselben ganz plötzlich, kurz vor der angekündigten Vernehmung des Redacteurs, zurückgezogen sind. Es ist dies zu bedauern, denn beide Fälle waren sehr geeignet, in der Bertheidigung die herrschenden Zustände grell zu beleuchten. Vielleicht ist gerade in der Furcht bierwir der Grund der Zurücknahme zu erblicken. Der frühere Minister Scheffer entwidelt, wahrscheinlich weil er sieht, daß es mit seinem und der Bundescommission Werk doch wohl bald einem Ende zugezogen scheint, eine große Thätigkeit. Er hat soeben ein zweites Sendschreiben an die Mitglieder des Standes der größeren Grundbesitzer erlassen, worin er glauben zu machen sucht, die Ablösungsgefechte könnten unter der gegenwärtigen Verfassung nicht aufgehoben werden. Scheffer kann nicht begreifen, wie jener von ihm selbst geschaffene Stand die Überzeugung von der Rechtmäßigkeit eines Zustandes haben kann, bei welchem die großen Vorrechte dieses Standes in Wegfall kommen.

Oesterreich.

Wien, 26. Jan. [Unterhandlungen wegen des Königs von Neapel.] „Ost und West“ glaubt die bereits bekannten Mittheilungen über die vom Grafen Reichberg in der dritten Sektion des Finanzausschusses ertheilten Ausschüsse über unsere auswärtigen Beziehungen durch Folgendes ergänzen zu können: Graf Reichberg erklärte, die Regierung sei willens, dem Drängen Frankreichs auf Entfernung Franz II. aus Rom nachzugeben. Graf Reichberg führt als Beweis für die vorsichtige Politik Oesterreichs, in Betreff des entthronnten Fürsten, folgendes Faktum an: Als im vorigen Jahre diese Angelegenheit zwischen den französischen und unserer Regierung zur Verhandlung kam, gab Frankreich den Rath, Oesterreich möge zu Gunsten des entthronten Fürsten intervenieren. Graf Reichberg habe aber diesen Vorschlag mit der Bemerkung abgelehnt, daß Frankreich ebensoviel Interesse für diese Frage habe und in einer günstigeren Lage sich befände, eine Intervention zur Ausführung des zürcher Vertrages auszuführen.

C. Wien, 27. Jan. [Die Marine-Verwaltung.] Wie die „Oesterr. Ztg.“ meldet, erhielt gestern Abends Graf Wickenburg das allerh. Handschreiben, wodurch demselben die Leitung des Marine-Ministeriums übertragen wird. Diese Angelegenheit war bereits in Benedix eifrig verhandelt und die Ernennung einer Persönlichkeit aus dem Civilstande als vortheilhaft befunden worden. Vor der Hand jedoch sollte dieses Ministerium einem der bereits fungirenden Minister überlassen werden. Hr. Ritter v. Lasser soll auf den ihm gemachten Antrag erwidert haben, daß er wohl am See (Zell am See) geboren, aber das Seewesen dennoch nicht kenne. Ebenso feuchten die anderen Herren Minister schon so sehr unter der Last ihrer Portefeuilles, daß sie ein neues sich nicht aufzuladen können, während der Wirkungskreis des Handelsministeriums ein sehr enge geogener ist. Graf Wickenburg, dem bereits das Seewesen, insoweit es die Handelsmarine betrifft, untersteht, wird nun auch die Kriegsmarine zu leiten haben. Der Personalstand der Marineverwaltung muß dabei unverändert bleiben. Es wird das Ministerium bloß aus einer Section, die 3 Abteilungen enthält, bestehen, davon eine militärisch, eine administrative und eine

wollte die Majors-Wittwe ihr einen jungen, für die erlaubten Vergnügungen des Lebens noch empfänglichen Gatten verschaffen. Baginet schob sich in wenig loyaler Weise einem sehr unschuldigen Namensvetter unter, wurde aber zu rasch in seiner eigenen Falle gefangen. Um den Herzen ihrer zwei Kinder, diesen kaum flüggegewordenen Nestlingen, die sich nach einem Fluge in die Welt sehn, eine Überraschung zu bereiten, schlägt die Schwiegermutter eine Reise nach Paris vor! Der arme Baginet — er muß wieder von vorne anfangen und unter erschwerenden Umständen; denn nicht nur seine Frau, auch die Schwiegermutter will überall dabei sein; Baginet muß für den seligen Fourchambault mitbezahlen. Durch das strenge Programm ihres Mannes von allen Freuden der Jugend zurückgehalten, will sie in reisigen Jahren das Versäumte nachholen. Die Minen und Gegenminen, diese Büchtigung des männlichen Egoismus führen zu recht wirksamen Situationen, die später nur in großer Weise übertrieben werden! Und was soll man dazu sagen, daß die Gegenvorrichtung des Mannes zuletzt den Sieg davonträgt, daß die „Invalide der Ehe“, gegen welche doch das Stück polemisiert, vom Dichter begünstigt werden? Der Gatte beginnt die Rolle eines leichtfertigen Lebemanns zu spielen; er nimmt das Duell eines andern auf seine Rechnung; er übernimmt die Verantwortlichkeit für ein Billerdoux, welches im Boudoir einer Freundin seiner Frau gefunden wurde! Nun diesen allzuempfänglichen Schwiegersohn den Verführungen der Hauptstadt zu entziehn, hält sich die Schwiegermutter selbst für verpflichtet, ihn in die Provinz zurückzuführen. So hat der „Invaleide der Ehe“ das Spiel zunächst gewonnen — nicht ohne Besorgnisse für die Zukunft dieses ehelichen Glücks zurückzulassen, dessen leichte Karte doch erst in der Provinz ausgespielt werden wird.

Der Tenorist Naudin hat in Lucia und Rigoletto den von uns prophezeiten Erfolg davongetragen. Stimme, Gesang, Anmut, Läufigkeit, Jugend und gütter Wille sind die schöpferischen Eigenschaften, die er mitbringt und welche seinen Besitz für die italienische Oper sehr wertvoll machen.

Von Baron de Bazancourt, dem Geschichtsschreiber des italienischen und Krimkrieges, sind zwei neue Werke erschienen. Das erste noch unvollendet, enthält einen Bericht über die Feldzüge in China und Cochinchina; das zweite hat den Titel: les secrets de l'espée

(die Geheimnisse des Degens) und giebt, allerdings aus der Cavalier-Perspektive, doch ohne aufdringliche Renommage, eine Ästhetik und Philosophie des Duells.

[Heinrich Ritter v. Lewitschnigg +] Der Redakteur des in Wien erscheinenden politisch-satirischen Journals „der Zeitgeist“ Herr Heinrich Ritter v. Lewitschnigg ist in der Nacht vom 24. auf den 25. d. M. nach längrem Krankenlager an der Luftröhrenentzündung gestorben. Derselbe wurde im Jahre 1810 in Wien geboren, studierte an der biegen Universität Philosophie und wendete sich hierauf der Rechtswissenschaft zu, die er aber bald wieder mit den medizinischen Studien vertrat. Endlich widmete er sich dem Militärservice und wurde im Jahre 1832 Lieutenant im 3. Ogluliner Grenzregiment. Schon während seiner Studien so wie später als Offizier hatte er sich vielfach in literarischen Arbeiten versucht. Außer vielen Beiträgen, die er für Journale und Taschenbücher lieferte, schrieb er um das Jahr 1840 ein romantisches Gedicht, „Ruston“, welches 1841 in Stuttgart im Druck erschien. Im Jahre 1843 gab er in Wien eine Sammlung Gedichte heraus, der noch in demselben Jahre ein Märchenroman in Versen folgte. Lewitschnigg versuchte sich auch in Bühnenarbeiten und sein „Tannhäuser“ errang sich im Theater an der Wien einen glänzenden Erfolg. Als Lyriker fand er die meiste Anerkennung mit den Liedersammlungen: „Brennende Liebe“ und „West-Östlich“. Sein Erzählertalent betätigte er in den Romanen: „Die Geheimnisse von Pest“, „Der Montengriner oder Christenleiden in der Türkei“ und in zahlreichen kleineren Novellen und Erzählungen.

Konstantinopel. Ahmed Befik Efendi, der energische Minister Golaf, hat einen Befehl ergehen lassen, sämliche den Moscheen und andern frommen Stiftungen beigegebenen Bibliotheken zu revidieren und einen systematisch geordneten Katalog anfertigen zu lassen. Die mehr als 50 Bibliotheken Istanbuls, fast alle in der Glanzperiode des türkischen Reichs gegründet, bergen in Hunderten tausenden von Manuskripten die mittelalterliche Wissenschaft des ganzen islamitischen Orients, wie sie die ottomanischen Herrscher aus Aien, hier zusammengetragen haben. Diese Schäke hätten hier nie die verdiente Anerkennung gefunden, ja es ist schon manches Monument der moslemitischen Kultur als Raub der Motten zu Grunde gegangen; daß unter diesen Büchern viel griechische und lateinische Codexen sich befinden, davon hatte Schreiber dieses sich mehrmals überzeugt und kann daher mit Freuden die humane Anordnung Ahmed Befik Efendi's den gebildeten Europäern anzeigen.

[Die afrikanische Expedition.] Bekanntlich ist darüber, daß Herr v. Heuglin, der Führer der afrikanischen Expedition zur Erforschung der Schicksale Vogel's, einen Umweg auf seiner Tour nach Chartum ein-

zuschlieben beabsichtigt, in Deutschland vielfache Verstimmung entstanden. Das Comite in Gotha hat in Folge d. sien wiederholt Hrn. v. Heuglin die Missbilligung seines Schrittes ausgedrückt, auch zwei Mitglieder der Expedition, welche den directen Weg nach Chartum resp. Wadai einzuschlagen beabsichtigten, unverweilt die dazu nötigen Geldmittel zur Verfügung gestellt. Neuerdings hat nun ein früherer preußischer Offizier Herr Moritz v. Beurmann, Sohn des früheren Oberpräsidenten von Posen, sich entschlossen, von Norden her durch die Wüste einen Weg nach Wadai zu suchen. Das Comite hat Hrn. v. B. zu diesem Zwecke bereitwillig mit den nötigen Mitteln unterstützt und der für seine Aufgabe gehörig vorbereitete Reisende ist aus seiner Heimat (Oppeln bei Halle) am 26. Dezember aufgebrochen, um sich über Marseille und Malta nad Bengasi an der afrikanischen Nordküste zu begeben, vor wo er über Siwa, Muruk oder auf andern geeigneten Wege durch die östliche Sahara auf Wadai vorzudringen gedenkt.

* [Eine Wohlthätigkeits-Bank] In Krakau existirt seit 1584 eine, von einem Jesuitenpater ursprünglich aus fälligen Gaben errichtete fromme Bank, deren Zweck es ist, Bänder von Silber- und Gold bis zu zwei Dritteln, von Präziosen und Kleidern bis zu einem Drittel des Tazwertsches zu beleiben, ohne daß für die Darlehen Zinsen entrichtet werden. Die Einkünfte decken die Verwaltungskosten; das in Umlaufende Kapital wird durch freiwillige Gaben und durch die Prozente der hypothekarisch angelegten Gelder vergütet. Die Administration führt die barnherzige Erzbrüderlichkeit. Die Bank besaß 1600 noch keine 3000 Gulden polnisch; anderthalb Jahrhunderte später aber schon nahe an eine Viertelmillion. Seitdem die Notendebitwährung von 1811 den Geldvorrath wieder auf 25,000 Fl. reducirt, nimmt das Institut nur noch Silbergeld an und giebt auch nur solches aus. Im Jahre 1860 betrug der Stand der Bank gegen 282,000 Fl. polnisch, nämlich 158,000 im Umsatzkapital, das wie gesagt, nur aus Silber besteht, und 123,000 Fl. in Hypotheken.

technisch. Die letztere wird Schiffbau und Landbau, Maschinenbau und Artillerie in sich begreifen. Zum Sechzehnten ist Oberst Breisach ernannt. Se. E. Hoheit Erzherzog Max ist durch kais. Handschreiben zum Marine-Commandanten ernannt worden.

Turin, 24. Januar. [Vom Hause] Wie der „Stale“ verfügt wird, hat der König Victor Emanuel dem Prinzen Oskar von Schweden ein doppeltes Geschenk gemacht. Ein Korallen-Halsband, auf dessen Ende sich die Inschrift befindet: „National-Industrie von Genua für die Prinzessin von Schweden, und einen prächtigen, aus partem Stein geschnittenen Tisch mit der Inschrift: „National-Industrie von Genua“ für den Prinzen selbst. Beide Gegenstände sollen von bemerkenswerther Arbeit sein.

[**Briganti**] Einer Depesche aus Caserta vom 21. Januar folge sind im Walde von Cava fünf Räuber von der Bande Chiavones, worunter der Adjutant desselben, Donnasio Amadio, festgenommen worden.

Genua, 19. Jan. [Ansprache des Garibaldi-Vereins in Palermo.] Dem „Tribuno“ wird aus Sizilien gemeldet, daß die dortige Bevölkerung in Folge der letzten Ereignisse auf's äußerste beunruhigt sei. Die Truppen und Nationalgarden stehen fortwährend unter den Waffen, man befürchtet von einem Tag zum andern einen Zusammenstoß. — Der Garibaldi-Verein in Palermo hat in Anbetracht der schwelenden Verhältnisse nachstehende Proclamation erlassen:

„Palermitaner! In Mitte der Aufregung, in welche ein unsinniges Attentat das Land versetzte, erheben wir unsere Stimme. Eine handvoll Verbündeter will euch dem Programm entfremden, das Garibaldi mit dem Blute seiner taufenden Tapfern vertheidigte. Der Stern Italiens leuchtet indes über Garibaldi; wenn wir ihm folgen, werden wir an das Ziel unserer Wünsche gelangen, ferne von ihm aber im Finstern herumtappen. Garibaldi hat heute, wie damals als er in Marsala landete, kein anderes Motto als — Italien und Victor Emanuel — wer wäre so verweg ein anderes aufzustellen? Garibaldi ruft uns zu neuen Thaten auf, in kurzen wird die Trommel die Freiwilligen aus allen Theilen Italiens zu den Fahnen rufen, Italien bedarf des Armes aller seiner Söhne; wollen wir uns mit Zweitacht auf den Kampf vorbereiten? Nein, die Sizilianer verleugnen sich nicht selbst, und du Volk der Barrabaden hast bereits bewiesen, daß du nicht taub gegen die Stimme deines Befreieters, der von seinem Inselsel dir zuruft: Eintracht, Brüder, nehmst eure Gewehre zur Hand, die lezte Stunde der Tyrannen ist nahe. Es lebe Garibaldi!“ Palermo, den 10. Januar 1862. Das dirigirende Comite. Präf. Fürst S. Vincenzo.

Am 13. d. Abends kamen auf dem Dampfer „Ville de Lyon“ 60 verwundete Soldaten aus Palermo in Neapel an, worauf sofort der „Capo“ nach Palermo abging, um einen anderen Transport Verwundeter direct nach Genua zu bringen. — Die Statthalterei Siziliens hat zwei Dekrete erlassen, wovon: 1) die Erinnerungsmedaille von 1848 für Ruggero Settimi, den Präsidenten des Senats, ausnahmsweise in Gold geprägt wird, und 2) die Erinnerungsmedaille von 1860, gleichfalls ausnahmsweise in Gold, dem General Garibaldi zuerkannt werde.

[Bezeichnend für die Stimmung,] die, wenn auch nicht im wiener Kabinett, so doch jedenfalls in militärischen Kreisen gegen Italien herrscht, ist ein Artikel der „Gaz. di Verona“, die bisher wenigstens für ein offizielles Organ der österreichischen Behörden galt, worin erklärt wird, „die Diplomaten sagten nicht ihre aufrichtige Meinung, wenn sie behaupteten, der Friede werde nicht gefördert werden“, und worin das Jahr 1862 begrüßt wird, weil es des Krieges Gewißheit bringe. Um Niemand in Zweifel über die Auslegung zu lassen, heißt es dann weiter: „Auf beiden Seiten sehnt man sich nach der Schlacht, auf unserer Seite eben so sehr, wie auf der feindlichen. Garibaldi schreibt (wo?), er werde im Monat August in Wien einziehen; lasst uns seine Prophezeiung wahr machen, lasst uns ihn fangen und, nachdem wir ihn zum Gefangenen gemacht, wollen wir ihn in den Buden des wiener Prater zum Besten der verwundeten Krieger für God sehen lassen.“ In Turin will man wissen, der Kaiser habe in dem zu Verona gehaltenen Kriegsrath die Alternative gestellt, „es bleibe nur noch die Wahl zwischen Abtretung Venetiens oder Krieg.“ Ob Rechberg die Entwaffnung „Piemonts“ zu Paris durch eine Note oder auf mündlichem Wege verlangt habe, ist streitig, dagegen wiederholt die „Independ. belge“ die Nachricht, es sei richtig, daß von österreichischer Seite ein solches Verlangen gestellt, in den Tuilerien jedoch einen nichts weniger als freundlichen Empfang gefunden habe. Das „Journal des Debats“ wiederholt gleichfalls, „daß die Haltung des Kaisers Franz Joseph in Venetien „etwas Auffallendes“ gehabt und er die Wahl zwischen Venetiens Abtretung und den Krieg gestellt habe.“ Wenn die Vernunft zu ersterer räth, so räth der Stolz zu letzterem, „und in solchen Fällen bekommt die Vernunft selten Recht“, seien die „Debats“ hinzu.

Frankreich.

Paris, 25. Jan. [Die mexikanische Expedition] wird nicht allein in militärischer, sondern auch in finanzieller Beziehung interessant werden. Die „neue Aera“ wird wohl zur Besteitung der außerordentlichen Kosten dafür mit dem Verlangen eines — Spezial-Kredits eröffnen werden müssen. Die Entscheidung, welche der gesetzgebende Körper in dieser Angelegenheit treffen wird, belehrt wohl am besten darüber, ob es der Nation um mehr Ruhe oder um mehr Steuern zu thun ist. — Mit der topographischen Aufnahme der mexikanischen Küsten wird eine eigene Kommission von Ingenieuren und Stabs-Offizieren beauftragt werden. Ein österreichischer Offizier wird in dem französischen Hauptquartier den Feldzug mitmachen. Auch eine ambulante Druckerei für die Bulletins, Proklamationen und sonstigen typographischen Bedürfnisse des französischen Expeditionskorps wird bereit in der kaiserlichen Druckerei hergerichtet.

Paris, 25. Jan. [Das Fould'sche Finanz-Projekt.] Man erinnert sich noch, daß vor weniger als einem Jahrzehnt das Gericht durch die Zeitungen lief, der Ministerpräsident von Manteuffel wolle das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten abgeben, aber die Kaiser von Österreich und Frankreich hätten den Wunsch ausgesprochen, daß er es behalte. Dieses Lob enthielt die schlagenden Verurtheilung der damaligen Politik Preußens. Es findet sich jetzt ein Seitenstück zu jener Geschichte in dem ungetheilten Beifall, den englische Blätter der Finanzverwaltung des Herrn Fould zollen, während bis auf die frei ergebenen Journale auch nicht eine französische Zeitung ihre Bedenken, ja ihre Entrüstung über den Rapport des Finanzministers zurückhält. Was nützt alle Eintheilung in ordentliche und außerordentliche Budget, wenn man die sogenannten provisorischen Abgaben für das letztere in definitive verwandelt? Der „seconde decime“, ausdrücklich nur für die Dauer des Krimkrieges eingeführt, lastet noch heute schwer auf einer großen Menge der Steuerpflichtigen, ohne daß auch nur entfernte Aussicht vorhanden wäre, den Zuschlag weglassen zu sehn. Der Minister findet zur Deckung des außerordentlichen Budgets von 1863 die Summe von 57½ Millionen übrig bei den dreißigjährigen Obligationen und 10 Millionen in der dritten Rate der chinesischen Kriegsentschädigung; es ist nicht ersichtlich, daß diese Quellen im nächsten Jahre fortdauern werden, also wird zur Bezahlung des Aufwandes noch eine neue Steuer nötig werden.

Einstweilen befaßt Frankreich vier direkte Auflagen: Grundsteuer, Personal- und Mobilistarsteuer, Thür- und Fenstersteuer und Patent- oder Gewerbesteuer; jetzt sind hinzugekommen Luxus-equipagen-Steuer, Bordereaux-

Neuerstempel, Rechnungs- und Quittungsstempel, Erhöhung der Zucker- und der Salzsteuer. Das ist die Inauguration der neuen Finanzperiode! Fould hat aber bei Beranschlagung der Einnahmen nicht nur den Grundsatz vergessen, daß je niedriger die Steuer, desto größer der Consum, sondern er hat auch den politischen Fehler begangen, an den Einfluß der hohen Salzsteuer auf die Stimmung des Volkes sich nicht zu erinnern. Bis zum Jahre 1806 war, nach J. Horns Zusammenstellung, das Salz in Frankreich gar nicht besteuert. In jenem Jahre führten zwei schnell aufeinanderfolgende Dekrete eine Steuer von 10, beziehentlich 20 Centimes für das Kilogramm ein. Am 11. November 1813 erfolgte die Erhöhung auf 40 Centimes, die erst im Jahre 1816 wieder auf 30 Cent. herabgesetzt wurde. Indessen wuchsen die Klagen der hartbetroffenen Menge. Die Bourbons blieben taub, nicht minder die Orleans. Endlich hörte die konstituierende Versammlung und ermäßigte die Salzsteuer auf 10 Centimes. Durch die von dem Finanzminister aufs neue vorgeschlagene Erhöhung wird der Preis des Salzes um 50—75 Prozent, je nach Lage der Städte, gesteigert. — Eine noch ungeschicktere Maßregel ist die plötzliche Umgestaltung der 4½% Rente. Rente in dreizentige, nachdem Englands besonnenes Beispiel, in derselben Angelegenheit seit dem Jahre 1815 allmählich vorzugehen, so belehrend und vortheilhaft hätte wirken können. Durch Ankauf der Rente von Seiten des Staats zu den bisherigen Kursen und in mäßigem Maßstabe hätte der Schatz jährlich 50 Millionen verdient, während er jetzt eine ungeheure Summe zu Gunsten der Renteninhaber verschwendet und diese doch unbefriedigt läßt. In solche

Finanzoperationen wird die Regierung aber nicht verwickelt durch die Besorgnisse für Herbeischaffung der gewöhnlichen Ausgaben, sondern nur der außerordentlichen, und was haben diese bisher dem allgemeinen Besten genügt? Die Expedition nach China hat Frankreich nichts eingebracht, als einen neuen Grafen Palakao mit 50,000 Frs. Rente und die nicht zureichende Kriegsentschädigung. Aus Syrien sind die Truppen wieder heimgekehrt, ohne daß eine Garantie gegen die Erneuerung der Gräuel im Libanon gegeben wäre. In Cochinchina kämpft der französische Adler für Ausbreitung des Christenthums, nachdem Missionäre berichtet haben, hundertausende armer Seelen sehn sich nach dem Sakrament der Taufe. In Rom dient die Besatzung unter General Goyon nur dazu, die Sympathien für Frankreich auszutrotten, die es auf den Schlachtfeldern von Solferino und Magenta bei den Italienern erworben. Und die Fahrt nach Mexiko soll gar erfolgen, um dem Erzherzoge Maximilian von Österreich einen Thron zu verschaffen, ohne daß man in Wien für nötig hält, den 6,400 Franzosen auch nur einen österreichischen Soldaten beizugeben. Trotz allem loben die englischen Blätter das neue Budget und sie haben von ihrem Standpunkte aus Recht, denn niemals war Frankreich weniger im Stande als gegenwärtig, in einen Kampf mit den Kanalnachbarn sich einzulassen, zumal diese aus Veranlassung des amerikanischen Confliktes gezeigt haben, in wie kurzer Zeit sie eine gewaltige Kriegsschiffe in See schicken können.

England.

London, 25. Jan. [Hofnachrichten.] Der Prinz von Wales ist nach kurzem Aufenthalt in der Hauptstadt wieder nach Osborne zurückgekehrt, der König der Belgier aber wurde noch gestern durch seine Erkrankung im Buckingham-Palast zurückgehalten und begiebt sich, sobald diese gehoben ist, nach Osborne zurück, vielleicht ohne sich in Broadlands bei Lord Palmerston aufzuhalten, mit welchem Letzteren er nächste Woche in Osborne zusammentreffen dürfte, wenn sich die Minister dahin begeben, um Ihrer Majestät den Entwurf der Thronrede zur Genehmigung vorzulegen. — Die bei Eröffnung der Parlaments-Session üblichen Bankets der Parteiführer werden auch diesmal, trotz der Landestrauer, stattfinden. Graf Granville veranstaltet für den 3. Februar zu Ehren der höchsten Staatsbeamten und am 5. für die Freunde der Regierung unter den Lords ein Gala-Diner. Lord Palmerston wird, als Führer des Unterhauses, am 5. den Sprecher nebst mehreren Collegen und Parteifreunden aus dem Hause der Gemeinen bewirken, und Lord Derby sitzt, ebenfalls am Abend vor Beginn der Session, gleiche Gastlichkeit gegen seine politischen Freunde.

London, 25. Jan. [Das Unglück zu Hartley.] Die Zahl derjenigen, welche durch das grauenhafte Unglück in der Kohlengrube von Hartley ihrer Ernährer beraubt worden sind, beläuft sich auf 407 Personen, darunter 103 Wittwen, 257 Kinder, 27 von ihren Brüdern unterhaltene Schwestern, 16 von ihren Söhnen unterhaltene Eltern und eine von ihrem Enkel unterhaltene Großmutter. Eine arme Frau hat ihren Mann nebst sechs Söhnen und einen anderen Knaben, der mit ihnen im Hause erzogen wurde, verloren. Im Ganzen sind 219 Personen ums Leben gekommen, da außer den 215 Verschütteten 4 beim Einfurze des Schachtes sofort getötet wurden. Von den Männern und Knaben, die in der Kohlengrube arbeiteten, sind nur noch 25 am Leben, und das Dorf Hartley hat fast alle diejenigen verloren, welche ihm Brot schafften. Die Bergleute von Hartley erfreuten sich eines ganz besonders guten Rufes in Bezug auf Sittlichkeit, Frömmigkeit, ordentlichen Lebenswandel und Nüchternheit. Viele derselben gehörten dem Mäzieskeitsvereine an und im Umkreise von 1¼ (engl.) Meile vom Dorte gibt es keine einzige Schänke. Eine Anzahl von Leichen wird wohl gestern oder heute heraufgeschafft worden sein. Doch versah man fortwährend mit großer Behutsamkeit wegen der aus der Tiefe aufsteigenden giftigen Gase. Zudem befanden sich bereits vorgestern viele der Leichen in einem so argen Zustande der Verwesung, daß ihre Heraufschaffung die größte Vorsicht erfordern wird. Für die hinterbliebenen wird eine allgemeine Geldsammlung veranstaltet. Lord Hastings, Eigentümer der Kohlengrube, hat einen Agenten nach dem Schauplatz des Unglücks abgesandt mit dem Auftrage, dafür zu sorgen, daß die Noth der Wittwen und Waisen gelindert werde. Die City von London hat zu dem gleichen Zwecke 100 Pfd. Sterl. votirt. In Newcastle ward gestern ein Meeting gehalten zu dem Zwecke, einen Unterstützungs-fonds zu schaffen. Der Mayor der Stadt präsidirte, und unter den Rednern befanden sich der Bischof von Durham, der Earl von Durham und das Parlamentsmitglied Sir Mathew White Ridley. Man gelangte zu der Ansicht, daß mindestens 17,000 Pfd. St. erforderlich seien, um der Noth auf die Dauer abzuholzen. Die Königin hatte 200 Pfd. St. gesandt, der Herzog von Northumberland zeigte 300 Pfd. St., der Earl von Durham 200 Pfd. St., Sir Mathew White Ridley 100 Pfd. St., Bell Brothers 100 Guineas, die Elswick Ordnance Company 100 Pfd. St. und Sir William George Armstrong 50 Guineas. Ferner ward angezeigt, daß die londoner Stockbörse mit 500 Pfd. St. subscriptirt hatte. Da die Versammlung auseinander ging, betrug die Summe der Beiträge im Ganzen 4000 Pfd. St. Der Herzog von Northumberland hat ein Grundstück bei Carlsdon für die Beerdigung der Toten angewiesen. Fast für sämliche Leichen stehen die Särge in Bereitschaft.

Gottfried Kinkel hat vorgestern einen Cyklus deutscher Vorlesungen über Geographie im Versammlungsorte der von Deutschen stark bevölkerten londoner Vorstadt Camberwell eröffnet. [Ueber die Finanzen der amerikanischen Union] bemerkte die „Times“: „Als die Nordamerikaner den Krieg begannen, betrug ihre regelmäßige Einnahme ungefähr 16,000,000 Pfd., in ein paar Wochen waren die laufenden Ausgaben auf 75,000,000 Pfd. per Jahr gestiegen, und jetzt können wir sie unbedenklich, und ohne uns im Gringsten der Gefahr der Übertreibung auszusetzen, auf 100 Millionen anschlagen. Die Amerikaner geben daher mehr als sechsmal so viel aus als früher, und sechsmal so viel als ihre Mittel erlauben, sie müssen denn ihr Einkommen in denselben Maße steigern, wie ihre Ausgaben. Darin sind sie aber vollständig geschiedet; ja sie haben eigentlich noch kaum den Versuch dazu gemacht. Der Finanzminister kann weder durch Steuern, noch durch Anleihen Geld bekommen! wohl aber kann er Noten drucken lassen und diese Noten mit Gewalt in Circulation setzen. Es kommt nur darauf an, wie lange dieses Auskunfts-mittel vorhalten wird. Wahrscheinlich hofft die Unions-Regierung, sie werde, so wie sie sechs Monate von Anleihen gelebt hat, weitere sechs Monate von Papier leben können, mittlerweile den Süden unterwerfen, die Union wiederherstellen und dann wieder in sicherem Fahrwasser segeln. Mit einem Worte, die Emission von Papier vergönnt ihr, noch einmal um den Sieg zu würgeln. Wie der Wurf fällt, wird sich bald zeigen. Wenn die Konföderierten in ein paar Monaten gründlich besiegt sind, so wird es der Regierung des Präsidenten Lincoln, wenn sie gleich durch diese Papier-Emissionen in große Verlegenheit gerathen ist, schließlich vielleicht doch gelingen, die Dinge wieder ins Reine zu bringen. Wenn aber, was unendlich wahrscheinlicher ist, der Kampf so fortgeht, wie er begonnen hat, so müssen die Finanzen des Nordens zusammenbrechen, indem es kein anderes Auskunfts-mittel gibt, zu dem Herr Chase seine Zuflucht nehmen könnte.“

[Smith O'Brien und Seward.] Es ist seiner Zeit eines Briefes Erwähnung geschehen, in dem der Iränder Smith O'Brien dem Staatssekretär Seward den Rath ertheilt, kein vernünftiges Zusammendrin zu scheuen, um eine rasche Versöhnung des Nordens mit dem Süden herbeizuführen. Mr. Seward hat nun dem genannten Herrn eine sehr freundliche Antwort zurückgesandt. Ohne auf Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten weiter einzugehen, sagt er in derselben dar, daß in der Aufrechterhaltung der alten Union das Ziel seines Strebens liege, und daß alle Wohlmeinenden in Amerika und aller Welt thatkräftig mithelfen sollten, dieses Ziel zu erreichen, denn eine Zersplitterung der Union würde endlose Kämpfe der getrennten Gebiete unter einander zur Folge haben.

[Englische Urtheile über die mexikanische Expedition.] In der eindrücklichen Wendung, welche die Intervention in Mexiko nimmt, sieht der „Herald“ eine unerwartet frühe Bekämpfung alles dessen, was er über dieses Unternehmen vorausgesagt hat. Die Intervention, sagt er, gewinnt einen Umsatz, auf den Ihrer Majestät Minister offenbar nicht gerechnet haben. Graf Russell erklärt seiner Zeit ausdrücklich, daß unsere Regierung keine Absicht habe, sich in die inneren Angelegenheiten Mexicos zu mischen. Diese Erklärung war natürlich ein Unrecht. Wenn eine Regierung sich einmal in eine Intervention eingelassen hat, so kann sie nie mehr wissen, wo sie halt machen wird. Man erzählt sogar schon, was wir freilich nicht glauben, daß die intervenierenden Regierungen sich nach einem Monarchen für diese baufällige Republik umgesehen und den Thron einem österreichischen Erzherzoge angeboten haben, der sich jedoch für die gefährliche Würde in verständiger Weise bedankt hat. Welche kostspielige Verwirrung die pariser „Patrie“ mit ihrer Anzeige in Aussicht stellt! Mexiko zu halten, bis eine regelmäßige Regierung mit dem freien Willen des Volkes begründet ist — diese Aufgabe geht über die Kraft Frankreichs, Spaniens und Englands. Jede der drei Mächte allein könnte vielleicht Mexiko erobern und mit einem seinem Werth weit übersteigenden Kostenaufwand behaupten; aber es zu halten, bis die Mexikaner in Freundschaft gegen die Ausländer und in Unabhängigkeit an die Sache der Ordnung geheimt sind, ist eine Unmöglichkeit. Sie könnten allerdings durch die Besetzung einig werden, aber nur einig im Haß gegen die Fremden. Wird sich die alliierte Armee zurückziehen, wenn sie vereint von dem einmütigen Abscheu des Landes sich gründlich überzeugt hat? Wie ist die regelmäßige dauernde Regierung zu begründen, so lange die Hauptstadt sich in der Gewalt einer fremdländischen Armee befindet? Etwa in den entlegenen Provinzen? Derten die Alliierten daran, den Präsidenten Juarez anzuerkeln, oder irgend eine Puppe statt seiner zu ernennen? Dann müssen sie entweder Juarez und dessen Anhänger oder alle ihm feindlichen Faktionen aussrotten. Und was hätten sie damit ausgerichtet? Der Versuch, eine dauernde Regierung durch eine alliierte Occupation der Hauptstadt zu begründen, würde gewiß scheitern und wäre noch gewisser eine grobe Verküpfung gegen die gewöhnlichen Regeln des Völkerrechts. Wenn die Mächte Forderungen an Mexiko haben, so können sie die Gewährung derselben mit den Waffen erzwingen, wosfern es dazu ein ander Mittel giebt, aber von dem Augenblick an, wo die mexikanische Regierung ihre Verbündlichkeit anerkennt und zu erfüllen sich bereit erklärt, haben sie kein Recht weiter zu gehen, denn sie alle drei haben Mexico Unabhängigkeit anerkannt. Man wird fragen, ob wir ein so schönes Land zu Grunde geben lassen wollen. Allein wir sind wirklich nicht reich genug, um unser Geld an einen vergeblichen Rettungsversuch zu verschwenden. Es war schlimm genug, dem britischen Steuerzahldienst zum zumutlichen, daß er für die Einnahmung dessen, was Mexico den Obligationen schuldig ist, zahlen soll. Hätte er gleich in die Tasche gepriffen und die Schulden selber bezahlt, so wäre er wohlfeiler weggekommen. So aber kann der Besitzer von Obligationen sich darauf gefaßt machen, nichts zu bekommen, und der Steuerzahldienst doch eine tückige Summe zu blechen. Wir protestieren gegen diese höchst übel berathene Intervention, von der weder England noch der Civilisation irgend etwas Gutes erwachsen kann. Frankreich und Spanien werden uns hinter sich durch den Roth schleifen und uns für allen Schnitz, den wir zu verschlucken haben werden, gehörig bluten lassen.

Russland.

[Petersburg, 16. Jan.] [Spirituosen- und Cigarren-Werkaufl. — Uniformirung.] In der (russischen) Sylvester-nacht haben die Café restaurant-Besitzer und Conditors den Branntweinpächtern den Stuhl vor die Thür gesetzt. Für das Recht zum Ausschank von Spirituosen waren in letzter Zeit von den Pächtern so unverschämte Forderungen gestellt worden, daß es zu einer Demonstration kommen mußte, und so haben denn 186 Restaurateure erklärt, lieber vom 1. Jan. 1862 ab kein Bier und keinen Schnaps auszuschänken, als die unsinnig hohe Steuer, welche die Willkür der Herren Branntweinpächter decreirt, zu zahlen. Früher erhob der Gouvernements-pächter des petersburger Bezirks von demselben Restaurateur 5 S.-R., von dem er jetzt monatlich 100 S.-R. verlangt. Auch dem Cigarrenhandel steht eine neue Maßregelung bevor. In Zukunft darf sich keine Fabrik mit Detailverkauf beschäftigen. Der Detailhändler darf höchstens 900 Stück und der Engros-händler muß mindestens 900 Stück auf einmal verkaufen. Die Banderolen sind dabei nur in großen Partien verkauflich, so daß jeder, der überhaupt als Cigarren-Fabrikant oder Händler auftritt, gleich mit mehreren Tausend Rubeln für Banderolen aufstreben muß. Um den erwarteten Massenbedarf von Banderolen zu decken, drückt die Staatsdruckerei Tag und Nacht. — Dem Militär-Budget steht trotz der umfassenden Armee-Reduction eine große Belastung durch die gänzliche Veränderung der Armee-Uniformirung bevor. Es ist bereits gemeldet, daß der Helm gänzlich abgeschafft und durch das Kappi ersetzt werden soll. Es handelt sich aber nicht nur um die Kopfbedeckung, sondern um das ganze Costüm, das in Zukunft völlig national, nach Art der alten Miliz-Uniform oder wie gegenwärtig das Schützenbataillon der f. Familie, montirt werden soll. Also Pumphosen in hohe Stiefeln gesteckt, Nutka ohne Knöpfe und Schnüre, rothe Schärpe um den Leib und eine pelzverbrämte runde Mütze ohne Schirm. Das Costüm ist äußerst kleidsam, bequem und jedenfalls billiger, als die bunten Uniformen im westeuropäischen Styl. Die Neubeschaffung wird aber, wenn sie nicht ganz allmählich vor sich gehen soll, viel kosten. Außerdem wird die ganze Armee kurze Pelze bekommen. Deren sind bereits 80,000 bestellt.

[Fortsetzung in der Beilage.]

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

[Das neue Journal des Ministeriums des Innern, die „Nordische Post“, hat nun schon mehrere Nummern der Öffentlichkeit übergeben und scheint den Anforderungen, die man an dasselbe stellen kann, wohl entsprechen zu wollen. Aber freilich läßt sich bei einer so großartigen Dotierung, wie man sie ihm zu Theil werden ließ, auch etwas Absonderliches verlangen. Der Chef-Redakteur erhält, wie man hört, jährlich 8000 Rubel S., die sechs Mitarbeiter jeder jährlich 4000 R. S. und jeder der sechs sogenannten Gehilfen 1000 R. S. Gehalt. Das macht also nur allein für die Besoldung des Redaktionspersonals 38,000 R. S. jährlich. Nichtsdestoweniger darf man die Schöpfung dieses Blattes als einen wichtigen Fortschritt bezeichnen, da es sich nicht damit befaßt, durch die Censurscheere verunstaltete Artikel zu bringen, und da es in Angriff genommene oder schon im Zuge begrißene administrative Reformen dem Publikum rechtzeitig ankündigt — eine Taktik, die bisher unserer Presse nur in sehr ausnahmsweisen Fällen erlaubt war. So berichtet z. B. gleich die erste Nummer des Blattes von der bevorstehenden gänzlichen Umgestaltung unsers städtischen und ländlichen Polizeiwesens. Wie man vernimmt, so dürften wir Herrn v. Walujem, dem das Verdienst der Gründung der „Nordischen Post“ bekanntlich gebührt, bald aus unserer Mitte verlieren. Man nennt ihn nämlich als zukünftigen Gesandten in Paris an Stelle des Grafen Kisseleff, dessen Rücktritt aus diesem Posten man als nahe bevorstehend bezeichnet. Graf Kisseleff soll sich aus Rücksicht auf sein hohes Alter aus der diplomatischen Carriere in das Privatleben zurückziehen wollen. Auch der Rücktritt des Justizministers Panin ist in allernächster Zukunft als bestimmt anzusehen. Über seinen Nachfolger sind die Ansichten sehr verschieden. Die einen nennen Fürst Obolensky, der ebenfalls zur Zeit im Marine-Ressort des Großfürsten Konstantin in Diensten steht; die Anderen glauben, daß Herr v. Buikow, der Reichsscretär, dazu berufen werden würde. Die Gerüchte von weiteren Veränderungen reichen sogar in andere Kreise. So spricht man als ganz bestimmt von der Verabschiedung des völlig unbrauchbaren Intendanten des kais. Theaters, Herrn v. Saburow, und dem Ersatz desselben durch den Componisten Verdi — doch dünkt mich, daß diese letztere Version wohl nur der Ausdruck der Wünsche einiger sanguinischen Verehrer dieses Componisten ist. Es läßt sich nicht wohl annehmen, daß man für einen so wichtigen Posten einen Ausländer erwählen wird. Dessen ungeachtet ist das Gerücht sehr bemerkenswerth. (R. 3.)

Schweyen.

Stockholm, 22. Jan. Die Petition über die Reform der Repräsentation (Verfassungsreform), mit 37,972 Unterschriften versehen, welche sich über die Petitionen des Bürger- und Bauernstandes im letzten Reichstag geeinigt hatten, ist gestern dem Staatsminister der Justiz, Freih. Ludwig de Geer, überreicht worden. Derselbe nannte sie in seiner Erwiderung „ein Zeichen der Zeit, berechtigend zu der Hoffnung, daß wir uns dem Zeitpunkt nähern, da die Löfung der Frage mindestens mit der Aussicht auf Fortschritt versucht werden kann“, und versprach, dem König die Petition zu überreichen.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 28. Januar. [Tagesbericht.]

Die Jubelfeier des Elisabet-Gymnasiums. Eine große Bildungsanstalt unserer Stadt feiert heut, den 29. Januar, ihr mehrhundertjähriges Jubiläum, eine Bildungsanstalt, die das Irgige, und wesentlich, dazu beigetragen hat, unserer Stadt zu dem Flote zu verhelfen, dessen sie sich gegenwärtig erfreut. Es sollte deshalb dieses Fest nicht eine Partikularfeier, sondern ein allgemeines Fest sein, an dem sich die ganze Stadt beteiligt. Wie mannsachen, wie tausendfältigen Samen der Geistung hat diese Gelehrtenschule nicht ausgestreut und weithin verbreitet, wie viele Tausende und abermals Tausende von Männern sind nicht aus ihr hervorgegangen, die das Licht der Aufklärung, die Leuchte des Geistes und der Wissenschaft hineingetragen haben in alle Kreise der menschlichen Gesellschaft. Tausende, die mit den schönsten Erfolgen für das Wohl ihrer Vaterstadt wirkten, Tausende, die um andere Städte und Gegenden sich gleiche Verdienste erwarben! — Und das Wiegfest einer solchen Anstalt, deren Alter nach Jahrhunderten zählt, sollte nicht ein allgemeines städtisches Fest sein? — Und wenn dennoch Tausende von Breslau's Einwohnern kalt und theilnahmlos an der langergetragenen Jubelschwester vorübergehen, so mag das vielleicht an der materialistischen Richtung der Gegenwart, an der Neigung liegen, nach dem Augenblick des Genusses zu haschen und nicht nach den Quellen desselben in der Vergangenheit zu fragen; vielleicht mag es auch in den abspannenden und erschöpfenden Vorgängen des verflossenen Jahres, vielleicht auch in anderen Ursachen begründet sein, wir aber rufen dem altehrwürdigen Elisabetanum ein frohbewegtes „Glück und Heil!“ zu und wünschen ihm herzinnig eine dauernde Blüthe durch andere ferne Jahrhunderte hindurch.

Welch wackerer Lehrerkreis, der würdige hochverdiente Rector an der Spitze, jetzt an dieser Anstalt segensreich wirkt, weiß männlich Feder, der sich einigermaßen um das Schulwesen unserer Stadt gekümmert hat, aber es zeigt dies auch die eben im Druck erschienene „Sammlung der Abhandlungen“, worin der Rector und das Lehrer-Collegium die königlichen und städtischen Behörden, die Gönnern und Freunde der Anstalt zur Theilnahme an dem Jubelfest einladen. Dies Jubel-Programm enthält einen so reichen Schatz des Wissens und schulmännischen Erfahrung, daß wir bei einer eingehenden Besprechung ganze Seiten füllen müßten, und daß wir gerade bei dieser Gelegenheit die einengenden Schranken einer politischen Zeitung doppelt schmerzlich empfinden. Wie mannigfach der Stoff ist, wird der geneigte Leser aus der nachfolgenden Inhaltsangabe, auf die wir uns leider beschränken müssen, erssehen, wie fügen nur bei, daß überall die Aufgaben mit Gewandtheit, gediegener Kenntniß und zu großer Befriedigung und gewiß auch zum großen Nutzen des Lesenden gelöst sind.

Den Abhandlungen geht eine von Herrn Rector Prof. Dr. Fickert verfaßte historische Einleitung voran, die in gedrungener Kürze die Geschichte des Gymnasiums behandelt, welche eigentlich einen Zeitraum von mehr als 500 Jahren umfaßt. Wir haben diesem Gegenstande bereits zwei ausführliche Artikel gewidmet und müssen den Leser auf die Nummern 39 und 41 der Breslauer Ztg. (Elisabet-Gymnasium) verweisen.

Die nun folgenden Abhandlungen, denen durchweg kurze biographische Notizen, betreffend die Herren Verfasser, beigegeben sind, eröffnet: 1) „Der Rector zu St. Elisabet Johann Caspar Arletius und seine Stiftungen von Dr. Carl Rudolph Fickert.“ Der hochgeehrte Herr Verfasser hat sich eine würdige Aufgabe gestellt und sie würdig gelöst: Arletius hat für die Anstalt segensreich gewirkt und sich durch seine Stiftungen, die jetzt bereits die Höhe von 27,641 Thlr. erreicht haben, ein unvergängliches Andenken gestiftet. — Indem wir den reichen Inhalt dieser schäßbaren Biographie den Lefern zur aufmerksamen Beachtung empfehlen, wollen wir, wie bei den folgenden Abhandlungen, die biographischen Notizen des Herrn Verfassers anfügen. Herr Director Fickert ist geboren den 20. April 1807 in Forsthaus Planken, Kr. Neuhausen-Sleben, studierte 1826—29 in Halle und Berlin Theologie, vertrat vom 18. Januar bis 31. März 1830 den Konrektor

an der Stadtschule in Neuhausen-Sleben; 1. Januar 1834 Adjunkt, 24. Juli 1841 Professor in Schulpforta, seit 1. April 1845 Rector zu St. Elisabet.

2) „Über eine altfranzösische Handschrift der Riedigerschen Stadtbibliothek in Breslau und ein altfranzösisches Gedicht aus derselben von Nathanael August Weichert“, Prorector und 2ter Prof. (geb. den 6. Oktober 1791 zu Lissa im Großherzogthum Posen, studierte 1811 und 1812 in Leipzig, dann in Breslau, von 1814—1816 in Göttingen, seit Ostern 1816 Lehrer am Elisabetan.)

3) „De usu conditionalium enunciationum Homericorum“ von Dr. Karl Ferdinand Kanymann (drittem Professor); geb. den 9. Juni 1803 in Bromberg, von dem Königl. Gymnasium dafelbst zur Universität entlassen Michaelis 1821, in Breslau 2 Jahre Philologie studirt, dann 1½ Jahr in Leipzig, dafelbst 2½ Jahr privatistirt, von Michaelis 1827 ein halbes Jahr bei dem Magdalénium in Breslau als Kandidat beschäftigt, Ostern 1829 interimistisch angestellt an der Königl. Kreisschule in Fraustadt, Ostern 1826 als Kollaborator an dem Gymnasium in Oels, 1830 als vierter, nicht lange darauf als dritter Kollege, ist seit Ostern 1838 dritter Professor am Elisabetan.)

4) „Über die Nothwendigkeit praktischer Vorbildung für das höhere Lehramt, vom Oberlehrer J. Stenzel“ (geb. zu Dörr-Arnsdorf, Kr. Neisse, den 27. Juni 1802, seit 1821 in Breslau, lehrte seit 1826 als Mitglied des pädagogischen Seminars am Friedrich-Gymnasium und Elisabetan hier selbst und wurde am 5. September 1828 an letzterem als ordentlicher Lehrer angestellt.)

5) „Aus der Schule vor 50 Jahren. Selbstlebtes und Selbsterfahrenes von Moritz Adolf Guttman“ (geb. in Bofah bei Natiovor in Oberösl. den 7. Aug. 1801; auf Universität von Mich. 1818 bis Ostern 1821 hier, bis Ostern 1823 in Berlin, von Michaelis 1823 bis 1825 Hilfslehrer am Friedrich-Gymnasium in Gumbinnen in preuß. Litauen, von Ostern bis Michaelis 1828 als Mitglied des pädagogischen Seminars am Gymnasium zu St. Elisabet beschäftigt, im Jahre 1829 erst als Collaborator, dann als College im Jahre 1839 zum Oberlehrer befördert.)

6) „Kann das hebräische Verbi einfacher als bisher behandelt werden?“ Von Oberlehrer Wilhelm Karl Rath (geb. zu Berlin den 1. Juli 1803, auf Universität zu Breslau von Michaelis 1823 bis Ostern 1827, seit Juli 1830 Mitglied des Königl. pädagog. Seminars zu Breslau, beschäftigt am Elisabetan, Magdalénium und Friedrich-Gymnasium, von Ostern bis Michaelis 1831 am Gymnasium zu Schweidnitz zur Vertretung des Correctors, von da ab Lehrer bei St. Elisabet).

7) „Zur Trigonometrie; zur Stereometrie und zur Arithmetik“ von Prof. Dr. Ludwig Kambly (geb. in Liegnitz den 26. August 1811, studierte 1829 bis 1833 in Breslau Mathematik und Philologie, Lehrer am Elisabetan seit 1836).

8) „De cognominibus in Anthologia graeca poetis, praecipue de Leodini, Scriptis Julius Haenel collega quintus“, (geb. in Orlau den 22. Septbr. 1812, Schüler des Elisabetans von 1823 bis 1832, studierte in Breslau Philologie und Geschichte 1832 bis 1836 und bestand 1837 die Prüfung; 1838 bis 1842 am Magdalénium beschäftigt, 1839 bis 1842 Mitglied des pädagogischen Seminars, seit 1842 Lehrer am Elisabetan, seit 1856 Oberlehrer).

9) „Lichenes Hochsletteriani, auctore Dr. G. Koerber super ord. magist.“ (geb. den 10. Januar 1817 zu Hirschberg in Schlesien, studierte von 1835—1839 zu Breslau und Berlin, promovirt 1839 zu Berlin zum Dr. phil., lehrte nach bestandenem Examen pro fac. docendi zwei Jahre lang am Gymnasium zu Hirschberg und am Magdalénium zu Breslau und ward am 29. Nov. 1842 als College am Gymnasium zu St. Elisabet angestellt, habilitierte sich auch 1846 an der Königl. Universität zu Breslau als Privatdozent für das Fach der Naturgeschichte und erhielt später den Oberlehrer-Titel).

10) „Offenes Sendschreiben an den Ordinarius der Ober-Sexta am Elisabetanum im Jahre 1862“ vom Oberlehrer Georg Friedrich Reide (geb. in Magdeburg den 7. Sept. 1816; Sohn eines Arztes, studierte 1838—1841 Theologie in Halle, machte dort das erste theologische Examen, studierte in Breslau 1841—44 Philologie und wurde 1847 am Elisabet-Gymnasium angestellt).

11) „Über das Musenthal im Helikon, eine archäologisch-topographische Abhandlung, nebst einer Karte und Zeichnung von Richard Schlichbach“ (geb. den 19. März 1827 zu Phulsborn bei Weimar, gebildet auf dem Gymnasium zu Naumburg a. S., dann vom Jahre 1847—52 auf den Universitäten Halle, Jena, Berlin, 1852—53 Cleva der Königl. Central-Turn-Anstalt in Berlin, 1853 von der philosophischen Fakultät der Berliner Universität zum Dr. phil. promovirt, Ostern 1854 pro fac. docendi geprüft, darum am Gymnasium zu Neu-Ruppin beschäftigt von Ostern 1854—1857, als neunter Lehrer von Ostern 1857 bis Michaelis 1859 beurlaubt und auf Reisen in Griechenland, Kleinasien und Italien, 1859 zum Mitglied der archäologischen Gesellschaft zu Athen erwählt, von Michaelis 1859—60 achter Lehrer am Gymnasium zu Landsberg a. d. W., seit Michaelis 1861 achter College am Elisabet-Gymnasium zu Breslau).

12) „De tribus Antigoneae Sophocleae locis. Scriptis Dr. Carolus Wiesner“ (geb. in Breslau den 17. Januar 1831, studierte da selbst von 1852—1857 zuerst Jura, dann Philologie, war Mitglied des pädagogischen Seminars, seit 1. April 1858 Collaborator).

13) Parodum priorem, quae legitur in Aeschyli Eumenidibus, strophis Alcaicis latinis vertit et brevi annotatione instruxit Rudolfus Künster“ Collaborator (geb. den 8. Juli 1837 zu Naumburg a. d. S., studierte da von 1855—1858 Philologie, war vom 23. Febr. 1858 bis Michaelis 1859 an der Realsschule in den Franke'schen Stiftungen in Halle als Hilfslehrer, von Michaelis 1859 bis Ostern 1861 als wissenschaftl. Hilfslehrer am fkl. Dom-Gymnasium in Magdeburg beschäftigt, seit Ostern 1861 am Elisabetan).

14) Die 300jährige Jubelfeier des Elisabet-Gymnasiums nahm heute Nachmittag ihren Anfang. Sowohl das Hauptportal als die zum Prüfungssaal führenden Treppen und Corridore prangten in sinnigem Festschmuck von Fahnen, Wappen und Emblemen, rings von Girlanden aus frischem Tannengrün eingefaßt. Um 3 Uhr waren der Rector, Herr Dr. Fickert, und das Lehrer-Collegium der Anstalt in dem Rectoratszimmer zum Empfang der Gratulanten versammelt. Bald darauf erschienen die Abgeordneten der Königl. und städtischen Behörden, der Universität, der Gymnasien, der Realschulen sowie der verschiedenen anderen zum Elisabetan in Beziehung stehenden Corporationen und Institute, um der Jubelschwester theils in Adressen, Volksfesten und anderweitigen Festsschriften, theils in gehaltvollen Reden ihre Glückwünsche darzubringen. Selbst von auswärts waren mehrfache Gratulationsbriefe eingegangen.

Als Sprecher der Deputationen folgten einander die Herren Regierungs-Präsident v. Prittwitz; Schulrat Scheibert; General-Superintendent Prof. Dr. Hahn, begleitet von den Herren Consistorial-Räthen Gaupp und Wachler; Rector der Universität Prof. Dr. Semisch, begleitet von den Professoren Haase und Elvenich; Pastor Gierth, an der Spitze sämtlicher Geistlichen von St. Elisabet; Director Wimmer; Director Silber aus Oels; Director Schönborn; Director Guttman aus Brieg; Director Kletke; Director Kämpf; Prorector Schmidt aus Schweidnitz; Dir. Gleim; Geh. Rath Gypert im Namen der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur; Bürgermeister Bartsch im Namen des Curatoriums der Anstalt. Auch ein Vertreter der Ritter-Akademie zu Liegnitz war anwesend. Schriftliche Gratulationen lagen vor aus Hirschberg, Leobschütz und Schul-Pforta, sowie vom hiesigen katholischen Gymnasium. Gegen 5 Uhr Abends begann sich der Prüfungs-Saal (in welchem bekanntlich auch die Sitzungen der Stadtverordneten abgehalten werden) zu füllen. Der Saal war in einfach und doch würdiger Weise dekoriert, über dem Bildnis des Königs Friedrich Wilhelm's III. prangte eine Trophäe in städtischen und preußischen Farben, in der Mitte der selben der preußische Adler, der auch in den vier Ecken des Saales auf grünen Säulen ruhte. An den Wänden schlängten sich Laubgewinde und Festons hin. Die schönste und edelste Türe aber waren die alten ehrwürdigen Bilder der früheren Rectoren, der ehemaligen Leiter dieser Anstalt, die ernst und mild auf diese jubilirende Generation des 19ten

Jahrhunderts herabblickten. Vor der Tribüne, die zu den Vorträgen und musikalischen Aufführungen bestimmt war, prangten die schönen Büsten Fülleborns und Wolffs. — In den Räumlichkeiten, die sonst die Stadtverordneten einzunehmen pflegen, nahm der Magistrat, das Curatorium der Anstalt, das Lehrer-Collegium, mehrere Ehrengäste und Damen Platz, die Männerwelt nebst der jüngeren Generation hatte diesseits der Barre sich postirt. — Die Vorfeier begann bald nach 5 Uhr mit einem schönen Hymnus von Rink.

Wir haben das Programm vollständig in Nr. 43 der Bresl. Ztg. mitgetheilt und können uns deshalb des Eingehens in das Einzelne enthalten. Der Kritiker ist hier ja ohnedies nicht an seinem Platze, sondern nur der Erzähler, und dieser kann sich nur höchst anerkennend und lobend über Anordnung und Ausführung aussprechen. Es sollte hier ja, wie der würdige und verehrte Herr Rector in der historischen Einleitung sagt: den Schülern Gelegenheit zu einer thätigen Beteiligung an dem Jubelfeste gegeben werden — und die Art dieser Beteiligung war so sinnig geordnet, sie brachte so Schönes, Edles, Würdiges, Heiteres und Ernstes auf die Jubeltafel zum Genuß, daß die Spenner sowie die Geniehenden mit vollster Befriedigung geschieden und gewiß noch in späteren Jahren auf diese Stunden als einen heiter und hellstrahlenden Stern zurückblicken werden. — Um 7½ Uhr war diese sinnige Vorfeier zu Ende.

* Nach Beendigung der musikalisch-deklamatorischen Vorfeier erfolgte im festlich geschmückten Actussaal die Übergabe der Adressen und eines damit verbundenen Albums durch die früheren Schüler in corpore.

Freudigsten Gruß bringt heut ihrem geistigen Mutterhause treue Söhne in dankbarer Liebe. Von mancherlei Stätten des Lebens treten sie im frischen Bewußtsein des reiden Besitzes zusammen, dessen Keime und Blüthen hier genährt worden sind. Hier rann ihnen des Wissens lauter Quelle, hier erstaunten die jungen Seelen in liebreicher Zucht für das Lebens Pflichten. Die unsterblichen Geisteshelden Griechenlands und Roms wandeln hier vor ihnen vorüber, und liegen ihnen ein unaufhörliches Musterbild männlicher Tugend, heiligen Strebens nach Wahrheit, reinster Schönheit zu. Taugen und hat es vorgeleucht, die nach gesegneter Lebensarbeit längst schon schlummern, deren Andenken in Ehren fortlebt, wo ihre Hand und ihr Geist Gutes und Großes schufen.

Wir, die wir heut in die trauten Räume eintreten können, in denen unsere Herzen christliche Sitte, unser Wille edlen Thaten, unsere Ehrenmitglieder entgegenreisen sollten, wir fühlen uns hochbeglückt, die große Erbschaft des Dankes eröffnen und verkündigen zu dürfen, welcher im Laufe dreier Jahrhunderte dem Ruhm dieses Hauses zum glänzendsten Zeugnis aufgesammelt worden ist.

Chre allen den hochbegabten und thatkräftigen Geistern, welche leitend und bewährend an dieser Stätte einst gewaltet haben!

Chre und Heil Allen, die heut hier wirken in herzlichem Eifer und unwandelbarer Treue für die erhabene Aufgabe der Jugendbildung! Segen von oben fröne ihr Streben, Freudigkeit im Herzen mindre ihre Müden!

Die Jugend ist der Zukunft Stütze. — O möchten Alle, welche aus diesen ehrenwürdigen Hallen je ins Leben hinaustraten, willkommen und treue Jünger und Meister werden im heiligen Dienste der Religion, der Wissenschaft, der Kunst, des Vaterlandes, der Menschheit!

Dieser Wunsch aus Herzensgrund ist der Festgruß von St. Elisabeths dankerfüllten Söhnen.

Heil Elisabet für immer!

Die Adresse ist von Dr. Grosser verfaßt, und auf 4 Folio-Pergamentseiten in großer Druckschrift mit 3zähligen Initialen und buntfarbigen Verzierungen von Rob. Weigel ausgeführt. Das ihr beigefügte Album enthält außer dem gegenwärtigen Personalbestand des Gymnasiums ein Verzeichniß der ehemaligen Schüler, auf ca. 80 Folio-Blättern, nach Name, Stand, Wohnort und den Jahren, in welchen die Beteiligten das Elisabetan besuchten. Schon geschmacvoll ist der äußere Ledereinband in gesättigtem Sepiaton ausgestattet; er trägt in goldenen lateinischen Lettern die Aufschrift: „Glockenwunsch-Adresse und Namens-Album zur 300jährigen Jubelfeier des Elisabetans 1562. 1862. Elisabet Heil und Segen für immer!“

= Aus Anlaß des 300jährigen Jubiläumsfestes ist Herr Rector Dr. Fickert der rothe Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife allerhöchst verliehen worden, mit welchem derselbe bereits bei der heutigen Gratulationsfeier geschmückt war.

In der Maria Magdalenenkirche ist am Sonnabend um 3 Uhr Nachmittags feierlich das Paar (ein hiesiger Instrumentenbauer-Gehilfe mit einem unbefolteten Mädchen) getraut worden, welches von der Friedrich-Wilhelm-Victoria-Stiftung statutenmäßig am Gedentrage der Vermählung des hohen Kronprinzenpaars mit einer Geldspende von 100 Thlr. ausgestattet wird. Nach dem erhebenden Alter, dem der Vorstand und die Ehrenmitglieder der Stiftung beiwohnten, begab sich das junge Paar zu Wagen mit diesen nach dem Wintergarten, wo sie der dortige Wirth bewirthete. Das von ihm zu Ehren des Tages veranstaltete Fest, womit Concert, Illumination des Gartens und Feuerwerk

Sprechsaal.

auf die Correspondenz aus Namslau vom 17. d. Mts. kann auch von hier aus berichtet werden, daß der Ableger der „Kreuzzeitung“, das „Preußische Volksblatt“, auch mehreren hiesigen Gastwirthen gratis zugeschickt wird. Drogdem hat auch hier es keiner der selben bis jetzt über sich gewinnen können, auf genanntes Blatt zu abonniren.

A. B. Wüstewaltersdorf, 26. Jan. Gestern feierte der hiesige Gewerbeverein sein drittes Stiftungsfest. Der Böhm'sche Saal war in ein prächtiges Zelt umgewandelt, dessen Dach aus grünen Girlanden gebildet wurde. In der Mitte des Zeltes prangte ein vom Kunstgärtner Schrör aus Lannenzenzen gefertigter Kronleuchter, und an den mit weiß, schwarz und rosa umwundenen Girlanden leuchtete eine Menge bunter Ballons. An den Wänden des Saales waren die von den Gewerbetreibenden angefertigten Ausstellungsgegenstände in Gruppen aufgestellt. — Die Festzüge, an welcher zahlreiche Gäste aus Schweidnitz und Wüstewaltersdorf Theil nahmen, eröffnete der Vereins-Vorsitzende, Fabrikbesitzer Mau, mit einem Berichte über das, was der Verein im verflossenen Jahre erstrebt und erreicht habe. Daraan schloß sich ein herzlicher Willkommen von Hrn. Fabrikbesitzer Hartmann den Gästen dargebracht. Die heitere Stimmung, die dadurch und durch die seitens der schweidnitzer Gäste daran gefüllten Gedanken in der Gesellschaft hervorgerufen wurde, wähnte bis zu Ende des Festes. Der Tagespräsident, Fabrikbesitzer Dr. Websky, unterwarf den Bericht einer sehr scharfen und gewissenhaften Spektral-Analyse und entwickelte in seinem Vortrage so viel Geist und Humor, daß das Zwerchfell der Zuhörer kaum zur Ruhe gelangen konnte. Eben so wirkten die durch geistreiche Expositionen erläuterten Mohrenbergschen Nebelbilder, sowie die von einer improvisierten Dantelängergesellschaft vorgetragenen und durch bunte Bilder verdeutlichten Lieder. Die von der Gesellschaft in pleno gefungenen Festlieder wechselten mit vierstimmigen Männerkören, welche vom Lehrer Neumann'schen Gesangvereine ansprechend vorgetragen wurden. Ein vom Buchdrucker Thieme improvisirtes poetisches Festzugs-Protokoll schloß das höchst angeregte Fest. Gewiß hat den Festsaal keiner der Theilnehmer ohne die höchste Begeisterung verlassen, da sowohl für den Geist, wie den Körper auf's vortrefflichste gesorgt war. — Die ausgestellten Gegenstände bleiben heute und morgen dem Publikum zur Ansicht bereit gehalten.

SS Schweidnitz, 28. Jan. Unglücksfall. — Rectorwahl! Allgemeines Tagesgespräch bildet der Unglücksfall, der sich vorgestern Abend ereignet hat. Um den innern Wall der Festung führte zwischen der Stadt und den Vorstädten von dem Striegauer-Thore nach der breslauer Straße ein breiter, nicht gepflasterter Fahrweg. An dem gedachten Abende gegen 8 Uhr, wo es bei feuchter Witterung ziemlich dunkel war, bog ein Müller aus dem benachbarten Schönbrunn mit seinem Fuhrwerk, welches von mutigen Pferden gezogen war, vom Striegauer-Thore auf die erwähnte Landstraße. Vor ihm fuhr ein schwer beladener Frachtwagen. Um denselben, der ihm zu langsam fuhr, zu überholen, lenkte er die Pferde links ab und geriet dadurch auf eine Reihe von Kieshaufen, die zur Verbesserung der Straße aufgefahrene waren. Wahrscheinlich wurden die Pferde durch die entgegentretenen Hindernisse schwer gemacht; der Wagen, in welchem sich außer dem Müller noch dessen Frau und der hiesige Privat-Actarius Schubert befanden, wurde umgeworfen; die Frau wurde dabei schwer verletzt, Schubert aber fand durch den Sturz und die über ihn gehenden Räder augenblicklich seinen Tod. Noch gestern sah man in den Kieshaufen die blutigen Spuren des Verunglücks. — Zum Rector und ersten Lehrer der hiesigen evangelischen Stadtschulen ist der Lehrer Benzlaß an der Realschule zu Bromberg gewählt worden. Wenn derjelbe sein Amt antreten wird, ist noch nicht bekannt, da er seinen bisherigen Posten erst kündigen kann, wenn seine Bestätigung durch die königliche Regierung erfolgt sein wird; im Interesse der Anstalt liegt es, daß das Interimstitut, welches bereits länger als ein halbes Jahr währt, sein Ende erreiche.

(Notizen aus der Provinz.) * Görlich. Wie der „Anzeiger“ meldet, beabsichtigt die hiesige freireligiöse Gemeinde ein eigenes Versammlungs-Gebäude in der Bauzenerstraße auf Altien zu errichten. Dasselbe soll in der Weise angelegt werden, daß der Versammlungsraum zugleich als Konzert- und Ballaal benutzt werden kann.

△ Neisse. Unser „Sonntagsblatt“ erzählt: „Am 18. d. M. Nachm. um etwa 4 Uhr fand die 16jährige Häusler Tochter Anna Rintke aus Finsterfogt auf dem Wege zwischen der Calauer-Mühle und der Besitzung des Gärtners Heerde zu Heinrichsbrunn einen toten Mann quer über dem Wege und auf seinem mit Blute bedekten Gesicht eine lange Bohle liegend. Die linke Seite des Gesichts des Verstorbenen war fast ganz platt gedrückt, und blieben Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Der Leichnam wurde als der des Anliegers Lillige aus Heinrichsbrunn erkannt, und ist der Tod des Lillige allem Anschein nach dadurch erfolgt, daß der Verstorbene, von Notthum Brennmaterial gebrängt, nachdem er die gebrochene Bohle Nächts vorher einem Gärtner zu Heinrichsbrunn entwendet, und sie auf der Achsel nach Hause zu getragen, auf dem dort befindlichen Glatteis ausgeglitten, rücklings hingefallen und die Bohle ihm dabei mit ihrer vollen Wucht quer auf das Gesicht gestürzt ist.“

Telegraphische Depesche.

Paris, 28. Jan. Der „Moniteur“ veröffentlicht eine Note Thouvenel's vom 11. Jan. an Herrn von Lavalette, worin diesem aufgegeben wird, den Papst zur Resignation unter gewissen Bedingungen aufzufordern und ihm dabei die Würde, Sicherheit und Unabhängigkeit zu garantieren, entsprechend die Einwilligung Turins zu erstreben. Lavalette's Antwort vom 18. Jan. lautet dahin, daß er die Note Frankreichs an den Papst dem Kardinal Antonelli unterbreitet habe.

Antonelli erwiederte, er werde niemals mit Nähern unterschanden. Jede Transaction auf diesem Terrain sei unmöglich. Der Papst habe den Kardinälen vor seiner Ernennung geschworen, niemals Kirchenterritorium abzutreten. Er müsse Lavalette's Frage, ob Hoffnung auf ein Arrangement vorhanden sei, verneinen. Nach Einholung der Ordre des Papstes hat Antonelli seine mündliche Antwort schriftlich wiederholt. (Angekommen 11 Uhr.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

† Breslau, 28. Jan. [Börse.] Für österr. Effekten war die Stimme günstig, Eisenbahn-Aktien dagegen offerirt. National-Anleihe 60% bis 60%, Credit 69%—69%, wiener Währung 72%—72% bezahlt. Oppeln-Tarnow 37 bezahlt, Neisse-Brieg 55—54%. Fonds unverändert.

Breslau, 28. Januar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleefaat, rothe, unverändert, ordinäre 8½—9% Thlr., mittle 10½—11 Thlr., seine 12½—12¾ Thlr., hochfeine 13½—14 Thlr. — Kleefaat, weiße, fest, ordinäre 10—13 Thlr., mittle 14—16½ Thlr., seine 18—19 Thlr., hochfeine 21—21½ Thlr.

Noggen (pr. 2000 Pfund) wenig verändert; pr. Januar und Januar-Februar 46 Thlr. bezahlt, Februar-März und März-April 46 Thlr. Br., April-Mai 45% Thlr. bezahlt, Mai-Juni 46 Thlr. Gld.

Häfer pr. Februar-März 20% Thlr. Gld., Frühjahr 22 Thlr. Br. Rüböl geschäftlos; loco, pr. Januar, Januar-Februar, Februar-März, und März-April 12 Thlr. Br., April-Mai 12 Thlr. Br., 11½ Thlr. Gld. Kartoffel-Spiritus behauptet; loco 16% Thlr. Gld., pr. Januar, Januar-Februar und Februar-März 16% Thlr. Gld., März-April —, April-Mai 17%—17½ Thlr. bezahlt, Mai-Juni —. Sint ohne Umsatz.

Die Börsen-Commission.

Wasserstand. Breslau, 28. Jan. Oberpegel: 14 J. 8 B. Unterpegel: 2 J. 1 B. Eisstand.

Subscriptions-Einladung von A. Gosohorsky's Buchhandlung (L. F. Maske) in Breslau auf die Annalen der Landwirtschaft für die Königlich Preussischen Staaten pro 1862.

Herausgegeben vom Präsidium des Königlichen Landes-Oeconomie-Collegiums und redigirt vom Generalsecretair desselben, Landes-Oeconomie-Rath v. Salvati. Die Annalen haben nun ein Jahr ihres Bestehens nach der Neugestaltung hinter sich: Ihr von Redaction und Verleger aufgestelltes Programm: die reichhaltigste, am besten ausgestattete und billigste Zeitschrift zu sein, haben sie mit allen Kräften zu erfüllen gestrebt, der ihnen zu Theil gewordene Beifall durch einen Leserkreis, wie ihn keine zweite landwirtschaftliche Zeitschrift aufzuweisen hat, ist der beste Beweis, dass dies Streben kein vergebliches gewesen ist. Auch für den neuen Jahrgang werden sie bestrebt sein, Alles aufzubieten, sich die gewordene Anerkennung nicht nur zu erhalten, sondern sie durch stete Aufmerksamkeit auf Erweiterung ihres Programms zu vermehren.

Alle Landwirthe, welche die Annalen noch nicht kennen, werden um Beachtung dieser Anzeige, sowie die bisherigen Freunde derselben um Empfehlung in ihren Kreisen ersucht.

Die Annalen erscheinen in einer Monatsausgabe und Wochenausgabe, welche beide für sich bestehen. Das Monatsblatt (a 5 Bogen, zusammen 60 Bogen) kostet jährlich 4 Thlr. 16 Sgr., pro Quartal 11½ Sgr., zu welchen Preisen sie von allen Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslands geliefert werden, die auf Verlangen auch Probenummern gratis abgeben.

14 Millionen Ctr. Warren à ½ Sgr.....	233,333 Thlr. 10 Sgr.
2 Millionen Tonnen Kohlen à 1 Sgr.....	66,666 = 20 =
	300,000 = = =
	150,000 = = =
	450,000 = =

Ohne eine Vermehrung des Verkehrs würde daher das Anlage-Capital durch Erhebung einer so geringen Abgabe verzinset werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch eine so bedeutende Fracht-Ermäßigung, wie sie durch die Regulirung der Oder bewirkt wird, der Verkehr auf derselben, in ähnlicher Weise steigen muß, wie auf den Eisenbahnen, dies wird insbesondere bei dem Steinkohlen- und Getreidetransport der Fall sein.

Wie groß die Frachtermäßigung sein dürfte, erhellt aus nachstehende Vergleichungen:

Die durchschnittliche Kahn-Fracht ist jetzt von Breslau nach Stettin bei einer durchschnittlichen Ladung von 800 Ctr. 3 Sgr. pro Ctr. ¼ Pf. pro Centner und Meile. Der Schiffer macht daher auf eine Reise 80 Thlr. Fracht. Bei regulirter Oder wird er durchschnittlich 2000 Ctr. laden und bei 2 Sgr. pro Ctr. (½ Pf. pro Centner und Meile) 130 Thlr. 10 Sgr. Fracht machen, und 2 Reisen statt einer vollen können.

Aus diesem Beispiel erhellt einerseits, daß eine Abgabe von ½ Sgr. pro Centner nicht zu hoch sein würde, andererseits aber auch, daß der Schiffer bei ½ Pf. pro Centner und Meile bestehen kann.

Dies zu Grunde gelegt, werden sich die Frachten stellen:

Kosten nach Berlin ging per Eisenbahn die Tonne 24 Sgr.
per Eisenbahn nach Kösel pro Tonne ... 4 Sgr.
Fracht-Kahn nach Berlin von Kösel à 3 Sgr. 11 = 6 Pf. m. Einlad.
Oder-Abgaben..... 1 =

16 Sgr. 6 Pf.

Die Kohle wird daher nach Berlin 7½ Sgr. pro Tonne billiger geliefert werden können, sie muß dann die englische vollständig verdrängen, mit der sie jetzt schon in Concurrenz tritt.

Für andere Waaren stellen sich folgende Frachtfäße von Kösel nach Stettin:

Eisenbahn-Fracht Normal-Klasse 25 Sgr. 11 Pf.
Klasse A. Wagenladungen ... 15 = 5 =
Klasse B. Kahnfracht mit Schiffszoll... 10 = 5 =

Es bleibt nun noch übrig die Wirkung einer solchen Fracht-Ermäßigung auf den auswärtigen Verkehr nachzuweisen, wozu nachstehende Zahlen dienen können. Von Liverpool

Baumwollen-Fracht über Triest nach Wien ... 46 Sgr. 9 Pf. pr. Ctr.
Desgleichen über Stettin per Eisenbahn ... 46 = 6 =
Desgleichen über Stettin per Kahn von Bord
zu Bord überladen mit Überzoll 34 = 6 =

Hamburg, Wien per Eisenbahn kl. B. 34 = 6 =
Hamburg, Kahnabladding über Kösel 20 = 6 =
Stettin, Wien per Eisenbahn 25 = =
Stettin, Kahnabladding Kösel, Wien 14 = 6 =

Kann es noch einem Zweifel unterliegen, daß der Verkehr aus Österreich, Ungarn, Galizien, ja über Brody und Rusland den Weg nach der Oder nehmen muß. Ein Theil des Verkehrs, der jetzt über Odersee geht, wird durch die galizische Eisenbahn zugeführt werden. Berücksichtigen wir nun, daß das ungarische und galizische Getreide, welches der Östsee und Nordsee zugeführt wird, allein mehrere Millionen Centner betrifft, so läßt sich, abgesehen von der Vermehrung des inneren Verkehrs die Größe der Zahlen für den auswärtigen gar nicht vorausbestimmen.

Hiermit dürfte zur Genüge bewiesen sein, daß die Auslagen einer Summe von 8 Millionen zum Zwecke der Oder-Regulirung, bei Erhöhung einer Abgabe von ½ Sgr. pro Ctr. und 1 Sgr. pro Tonne Kohlen kein schlechtes Geschäft sein würde.

Ob es aber überhaupt zweckmäßig wäre, nach Vollendung des Werkes irgend eine Abgabe zu erheben, ist fraglich.

Der Segen, der aus demselben für die der Oder nahe liegenden Provinzen und für den preußischen Staat überhaupt entspringt, ist unberechenbar, aber jedenfalls sehr groß.

Vor Allem gewinnt der Absatz an Steinkohlen, Eisen, Zink und Getreide. Die Steinkohle wird für Berlin jährlich um 500,000 Thlr. billiger und der Handel der Provinz Schlesien und Stettins dürfte sich voraussichtlich verdoppeln. Die Oberschlesische Eisenbahn aber verliert nichts, da der vermehrte Verkehr auf der Strecke Myslowitz-Kösel den Nachteil auf der Strecke Kösel-Breslau vollständig und überschüssig ausgleichen dürfte. Also legen wir Hand an die Ausführung!

Breslau, im Dezember 1861.

G. Kopisch.

Inserate.

Abermals die Militärfrage.

[837]

Wie die demokratische Partei in Preussen und Deutschland in Verbindung mit der Partei Gotha, durch ihre Haltung im Jahre 1859 zu der Präponderanz Frankreichs beigetragen, und wie daher beide Parteien ihren Anteil an unserem erhöhten Militärbudget haben, dies ist unlängst in Nr. 587 v. Jahrg. an dieser Stelle nachgewiesen worden. Daß beiden Parteien daher auch die Verpflichtung obliege, die Militärvorlage, wie schwer sie immer in unserem Staatshaushalt wiege, zu acceptieren, war nur eine sich von selbst ergebende Consequenz, welcher hoffentlich Rechnung getragen wird. Wir können aber nicht unterlassen, beide Parteien nochmals auf Italien hinzuweisen und ihnen zu zeigen, wie sich ihre Prinzipien dafelbst verwerthen. Die folgenden Sympathien beider Parteien für jenes Land im Jahre 1859 beweisen, daß der französische Einfluß in Italien sich ungehindert festsetzen und bis zur Dictatur steigern konnte. Man tröstete sich aber mit dem Gedanken, Italien, einmal unter einem Herrscher geeinigt, werde stark genug sein, daß französische Joch abzuschütteln, und könnte sogar einen guten Bündnis gegen Frankreich abgeben. Bis jetzt ist leider noch nichts, weder das eine wie das andere, erfolgt. Ja diese trostvolle Aussicht schwindet immermehr. Italien ist in ein Bajalenthum zu Frankreich gerathen, dem sich Victor Emanuel nicht entziehen kann. Das ist nun eine Thatache, die sich nicht ändern läßt. Aber auch der Gedanke einer Einigung Italiens erweist sich immer mehr als trügerisch und unrealisbar. War sich nicht die demokratische und liberale Presse zu helfen. Die steten Aufstände im südlichen Italien werden als Brigantaggio, unterhalten von dem Ekelnige von Neapel, bezeichnet, und damit glaubt man die Ungefährlichkeit jener Aufstände bewiesen zu haben. In flagidem Tone sucht man Franz II. für all dieses Unheil verantwortlich zu machen und wartet auf französische Hilfe, um diesem schrecklichen Räuberwezen zu steuern. Da aber Victor Emanuel mit einer starken Armee den Südens Italiens occupirt hält; so scheint es uns, daß diese beständigen Aufstände dafelbst doch einen Grund haben müssen, als das Brigantenthum, und daß, wenn Victor Emanuel nicht im Stande ist, den Aufständen nachhaltig ein Ende zu machen, dies auf unüberwindliche Antipathien des Südens gegen den Norden hinweist. Mit einem Worte, die Neapolitaner wollen die Piemontesenherrschaft nicht, da sie ihnen statt Freiheit brutale Gewalt, statt Wohlstand Schulden und Verarmung gebracht hat. Demnach dünkt es mir, die demokratische und liberale Presse müßte im Interesse der Volkswohlfahrt dahin arbeiten, daß Victor Emanuel seine Armee aus dem Neapolitanischen zurückziehe; daß er seinen Raub wieder fahren lasse und abwarte, ob der Süden Italiens ihn aus freier Wahl wieder rufe, oder ob er sich anders zu helfen gesonnen sei.

Ein Herbeitzen Frankreichs, um den Piemontes den Besitz des südlichen Italiens zu erhalten, wäre doch unweibaft gegen das Prinzip der Nicht-intervention, und würde nur dazu beitragen, Frankreich noch mächtiger zu machen, als es bereits ist. Unsere Demokraten und Liberalen mögen sich alles dies einmal genau überlegen; denn es hängt mit der sehr zeitgemäßen Frage nach der Nachhaltigkeit unseres Militärbudgets auf's Engste zusammen.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Ida** mit dem Kaufmann Herrn **Wilhelm Illgner** in Reichenbach, beehren wir uns, stat jeder besondern Meldung, hierdurch ergeben anzuzeigen. [811]

Peterswaldau, den 26. Januar 1862.

Entner und Frau.

Ida Entner. Wilhelm Illgner.
Verlobte.
Peterswaldau. Reichenbach i. Schl.

Die Verlobung meiner Tochter **Ulrike** mit dem königl. Haupt-Steuermann-Assistenten und Lieutenant im 2. Oberschlesischen Landwehr-Regiment Nr. 23 Herrn **W. Nahr** hierelbst zeige ich den Verwandten und Freunden hierdurch ergeben an.

Oppeln, den 28. Januar 1862.

verw. Direktor **John**.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Maria** mit dem Gutsbesitzer Herrn **Isaak Hamburger** aus Korstow beeheben wir uns hierdurch Freunden und Bekannten ergeben anzuziehen. [836]

Brzezinta bei Myslowitz, im Januar 1862.

Aron Simanauer und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Maria Simanauer. Isaak Hamburger.

Brzezinta. Lawet u. Korstow.

(Statt jeder besonderen Meldung.) Heute wurde meine liebe Frau von einem gebundenen Mädchen glücklich entbunden.

Rauden, den 26. Januar 1862.

[1107] Dr. **Leppmann**.

[1122] **Todes-Anzeige.**
Am 27. d. M. starb nach jahrelangen Leiden unsere einzige Tochter und Schwester **Clara** im beinahe vollendeten 15. Lebensjahr.

Die Beerdigung findet Freitag den 31. d. M. Nachm. 3 Uhr, auf dem reformierten Kirchhofe in der Nikolai-Vorstadt statt.

Diese Anzeige allen Verwandten, Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung.

Breslau, den 28. Januar 1862.

Wilhelm Beck, als Eltern.

Auguste Beck, geb. **Schulz**,

Wilhelm Beck, als Bruder.

Heut Früh um 7 Uhr folgte unsere gute Mutter, Tochter und Schwester, die verw. Polizei-Inspektor **Wendt**, **Auguste**, geb. **Meyer**, im Alter von 41 Jahren, ihrem am 14. d. M. vorangegangenen Gatten in die Ewigkeit nach. Freunden und Bekannten diese traurige Nachricht mit der Bitte um stillen Theilnahme.

Fünf Kinder, wovon das jüngste am Vorabend der Mutter geboren, weinen an ihrem Sarge. [815]

Brieg u. Freistadt, den 26. Januar 1862.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am 27. d. M. Abends 7½ Uhr starb nach langen Leiden unser geliebter Gatte und Vater, der Bildhauer und Steinmeister **August Grimm**. Dies allen Freunden und Bekannten statt Nachricht. Beerdigung: Donnerstag Nachmittags 2 Uhr. [1134]

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am 25. d. Mts. Abends 7½ Uhr starb plötzlich am Lungenentzündung unser liebster Gatte, Vater, Bruder und Schwager, der Kreis-Gerichts-Rath **Carl Julius Wollheim** in Cammin, im noch nicht vollendeten 52. Lebensjahr. Seinen zahlreichen Freunden und Bekannten widmen die traurige Anzeige: **Die Hinterbliebenen.**

Cammin im Pommern und Breslau, den 28. Januar 1862. [1123]

Todes-Anzeige.

Heut Morgen 3 Uhr ging unserem am 20. d. M. verstorbenen Töchterchen **Marie**, deren Lehrerin, Fräulein **Ida Beudel**, in Folge Geburt-Auschwitzung in die Ewigkeit nach. Die Dahingeschiedene war uns und unseren Kindern stets eine treue unvergessliche Freundin. [833]

Kleutsch, den 27. Januar 1862.

Theodor Scholz, und Frau.

Heute Früh 3 Uhr verschied in Folge Geburt-Auschwitzung unsere liebste **Ida**. Dies zu stiller Theilnahme. [834]

Steinai a. D., den 27. Januar 1862.

Die verw. Steuer-Einnehmer **Beudel**

als Mutter nebst Kindern.

Mit tiefbetrübtem Herzen zeigen wir, um stille Theilnahme bittend, daß nach schweren Leiden, an den Folgen einer Entbindung, gestern Morgen 8 Uhr erfolgte Ableben unserer innig geliebten Gattin, Tochter und Schwiegertochter, **Auguste Fränkel**, geb. **Guttmann**, in dem blühenden Alter von 21 Jahren, ergeben an. Wer die Dahingeschiedene gesehen hat, wird unsern unersetzlichen Verlust ermessen. [1101]

Neustadt D.-S. u. Breslau, 26. Jan. 1862.

Die Hinterbliebenen.

Familiennotizen.

Verlobungen: Fr. **Minna Krause** mit Hrn. **Lient. Louis v. Priesdorff** in Swinemünde, Fr. **Anna v. Rohr** mit Hrn. **Lient. Heinrich v. Börde** in Wollez.

Geburten: Ein Sohn Hrn. Hauptmann v. **Meier** in Breslau, Hrn. **Landstr. Dr. Al. v. Holleben** in Königsberg, Hrn. **Osterholt** in Amt Brüssow, Hrn. **Ober-Reg.-Rath** **Frhrn. v. Schlotheim** in Minden, Hrn. **Franz Rauer** in Berlin, eine Tochter Hrn. **A. Herrmann** das, Hrn. **Georg Polack** das, Hrn. **Hittmjr. Frhrn. v. Kortz** in Wesel.

To desfalls: Frau **Albertine v. Rappeneß**, geb. **v. Kröcher**, in Neu-Ruppin, Hrn. **Friedr. Wilh. Cäsar** in Detmold, Hrn. **v. Engelbrecht** in Stargard, Hrn. **Kaufm. Louis Violet** in Berlin, Hrn. **Friedr. Engelhardt** in Berlin.

Theater-Nevertoire.
Mittwoch, den 29. Jan. (Kleine Preise.) Zum 4ten Male: „Der Nabob.“ Trauerpiel in 5 Akten von **Gottschall**. Donnerstag, 30. Jan. (Gewöhnl. Preise.) Zum 11. Male: „Margarethe.“ (Faust.) Große Oper in 4 Akten, nach **Goethe** von **Barbier** und **Michel Carré**. Muß von **Gounod**.

Medizinische Section.

Freitag den 31. Januar, Abends 6 Uhr: Tagesordnung: Vortrag des Herrn Kreisphysikus a. D. Dr. **Voltolini**: Ueber die Krankheiten des Labyrinths. Vortrag des Herrn Sanitätsrath Dr. **Viol**: Ueber intracœlares Geschwür. [813]

Peterswaldau, den 26. Januar 1862.

Entner und Frau.

Die Verlobung meiner Tochter **Ulrike** mit dem königl. Haupt-Steuermann-Assistenten und Lieutenant im 2. Oberschlesischen Landwehr-Regiment Nr. 23 Herrn **W. Nahr** hierelbst zeige ich den Verwandten und Freunden hierdurch ergeben an.

Oppeln, den 28. Januar 1862.

verw. Direktor **John**.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Maria** mit dem Gutsbesitzer Herrn **Isaak Hamburger** aus Korstow beeheben wir uns hierdurch Freunden und Bekannten ergeben anzuziehen. [836]

Brzezinta bei Myslowitz, im Januar 1862.

Aron Simanauer und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Maria Simanauer. Isaak Hamburger.

Brzezinta. Lawet u. Korstow.

(Statt jeder besonderen Meldung.) Heute wurde meine liebe Frau von einem gebundenen Mädchen glücklich entbunden.

Rauden, den 26. Januar 1862.

[1107] Dr. **Leppmann**.

[1122] **Todes-Anzeige.**

Am 27. d. M. starb nach jahrelangen Leiden unsere einzige Tochter und Schwester **Clara** im beinahe vollendeten 15. Lebensjahr.

Die Beerdigung findet Freitag den 31. d. M. Nachm. 3 Uhr, auf dem reformierten Kirchhofe in der Nikolai-Vorstadt statt.

Diese Anzeige allen Verwandten, Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung.

Breslau, den 28. Januar 1862.

Wilhelm Beck, als Eltern.

Auguste Beck, geb. **Schulz**,

Wilhelm Beck, als Bruder.

Heut Früh um 7 Uhr folgte unsere gute Mutter, Tochter und Schwester, die verw. Polizei-Inspektor **Wendt**, **Auguste**, geb. **Meyer**, im Alter von 41 Jahren, ihrem am 14. d. M. vorangegangenen Gatten in die Ewigkeit nach. Freunden und Bekannten diese traurige Nachricht mit der Bitte um stillen Theilnahme.

Fünf Kinder, wovon das jüngste am Vorabend der Mutter geboren, weinen an ihrem Sarge. [815]

Brieg u. Freistadt, den 26. Januar 1862.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am 27. d. Mts. Abends 7½ Uhr starb nach langen Leiden unser geliebter Gatte und Vater, der Bildhauer und Steinmeister **August Grimm**. Dies allen Freunden und Bekannten statt Nachricht. Beerdigung: Donnerstag Nachmittags 2 Uhr. [1134]

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am 25. d. Mts. Abends 7½ Uhr starb plötzlich am Lungenentzündung unser liebster Gatte, Vater, Bruder und Schwager, der Kreis-Gerichts-Rath **Carl Julius Wollheim** in Cammin, im noch nicht vollendeten 52. Lebensjahr. Seinen zahlreichen Freunden und Bekannten widmen die traurige Anzeige: **Die Hinterbliebenen.**

Cammin im Pommern und Breslau, den 28. Januar 1862. [1123]

Todes-Anzeige.

Heut Morgen 3 Uhr ging unserem am 20. d. M. verstorbenen Töchterchen **Marie**, deren Lehrerin, Fräulein **Ida Beudel**, in Folge Geburt-Auschwitzung in die Ewigkeit nach. Die Dahingeschiedene war uns und unseren Kindern stets eine treue unvergessliche Freundin. [833]

Kleutsch, den 27. Januar 1862.

Theodor Scholz, und Frau.

Heute Früh 3 Uhr verschied in Folge Geburt-Auschwitzung unsere liebste **Ida**. Dies zu stiller Theilnahme. [834]

Steinai a. D., den 27. Januar 1862.

Die verw. Steuer-Einnehmer **Beudel**

als Mutter nebst Kindern.

Mit tiefbetrübtem Herzen zeigen wir, um stille Theilnahme bittend, daß nach schweren Leiden, an den Folgen einer Entbindung, gestern Morgen 8 Uhr erfolgte Ableben unserer innig geliebten Gattin, Tochter und Schwiegertochter, **Auguste Fränkel**, geb. **Guttmann**, in dem blühenden Alter von 21 Jahren, ergeben an. Wer die Dahingeschiedene gesehen hat, wird unsern unersetzlichen Verlust ermessen. [1101]

Neustadt D.-S. u. Breslau, 26. Jan. 1862.

Die Hinterbliebenen.

Familiennotizen.

Verlobungen: Fr. **Minna Krause** mit Hrn. **Lient. Louis v. Priesdorff** in Swinemünde, Fr. **Anna v. Rohr** mit Hrn. **Lient. Heinrich v. Börde** in Wollez.

Geburten: Ein Sohn Hrn. Hauptmann v. **Meier** in Breslau, Hrn. **Landstr. Dr. Al. v. Holleben** in Königsberg, Hrn. **Osterholt** in Amt Brüssow, Hrn. **Ober-Reg.-Rath** **Frhrn. v. Schlotheim** in Minden, Hrn. **Franz Rauer** in Berlin, eine Tochter Hrn. **A. Herrmann** das, Hrn. **Georg Polack** das, Hrn. **Hittmjr. Frhrn. v. Kortz** in Wesel.

To desfalls: Frau **Albertine v. Rappeneß**, geb. **v. Kröcher**, in Neu-Ruppin, Hrn. **Friedr. Wilh. Cäsar** in Detmold, Hrn. **v. Engelbrecht** in Stargard, Hrn. **Kaufm. Louis Violet** in Berlin, Hrn. **Friedr. Engelhardt** in Berlin.

Theater-Nevertoire.
Mittwoch, den 29. Jan. (Kleine Preise.) Zum 4ten Male: „Der Nabob.“ Trauerpiel in 5 Akten von **Gottschall**. Donnerstag, 30. Jan. (Gewöhnl. Preise.) Zum 11. Male: „Margarethe.“ (Faust.) Große Oper in 4 Akten, nach **Goethe** von **Barbier** und **Michel Carré**. Muß von **Gounod**.

Bür nur 15 Sgr. 100 Stück lithographirte **Visiten-Karten**
auf f. franz. Double-Clacé empfiehlt die lithographische Anstalt und Papierhandlung von **H. C. C. Maul**, 40. Schweidnitzerstr. 40.

Für 5 Sgr. 100 Bogen fein satiniertes Octav-Brief-Papier.
empfiehlt die bekannte billige Papier-Handlung **J. Bruck**, Nicolaistraße Nr. 5, vom Ring aus rechts. [789]

Für 6 Sgr. breite Couverts
von **Holzendorff**!
Soeben erschien und ist in Breslau vor-
räthig in **Ferdinand Hirt's** königl. Uni-
versitäts-Buchhandlung: [818]

Der Brüderorden
des rauen Hauses
und sein Wirken in den Strafanstalten.
Nebst weiteren Mittheilungen aus den bis-
her unbekannten Papieren

von **Dr. F. von Holzendorff**.
Gr. 8. 5½ Bg. Preis 10 Sgr.

Der
Zweite Unabhängigkeitskrieg
in Amerika.
Von **E. M. Hudson**,
Doctor beider Rechte, ehemaliger Legations-
Secretär der Ver. Staaten in Berlin,
G. 8. 5 Bg. Preis 10 Sgr.

Das
Preußische Volk in Waffen
und die

Bekanntmachung. [160]
Über das Vermögen des Kaufmanns August Moese zu Kandt ist der kaufmännische Konkurs im abgelaufenen Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungs-Einstellung auf den 22. Januar 1862, festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Bürgermeister Ausner zu Kandt bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf Mittwoch den 12. Februar 1862, Vorm. 11 Uhr, in unserem Geschäfts-Lokale, Sitzungszimmer Nr. 3, vor dem Kommissar Herrn Kreis-Gerichts-Rath Loos anberaumten Termine ihre Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Alles, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verfügen, wird aufgegeben. Nichts an denselben, zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 19. Febr. 1862 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles mit Vorbehalt ihrer erwähnten Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern.

Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen. Breslau, den 28. Januar 1862.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abt.

Lieferungs-Verdingung von Bau-materialien.

Die Lieferung von Ziegeln, Kalk und Mauerstein zu dem Neubau des Gewächshauses in dem königlichen botanischen Garten zu Breslau soll im Wege der Submission vergeben werden. Qualifizierte, laufenden Unternehmer werden erachtet, ihre schriftlichen Offerten bis zum 3. Febr., Nachm. 3 Uhr, abzugeben und deren Fassnung in den derselben Termine in dem Bureau des Unterzeichneten beizuhören.

Zeichnungen und Bedingungen können in gedachtem Bureau eingesehen werden.

Breslau, den 27. Januar 1862.

Der königl. Bau-Inspector Milczewski.

Bau-Verdingung.

Die Ausführung der Glaserarbeiten incl. Lieferung des Materials zu dem Neubau des Gewächshauses in dem königlichen botanischen Garten zu Breslau soll im Wege der Submission vergeben werden. Qualifizierte laufenden Unternehmer werden erachtet, ihre schriftlichen Offerten verfiegt bis zum 3. Februar, Vormittags 11 Uhr, abzugeben und deren Eröffnung an denselben Termine in dem Bureau des Unterzeichneten beizuhören.

Zeichnungen und Bedingungen können in gedachtem Bureau eingesehen werden.

Breslau, den 27. Januar 1862.

Der königl. Bau-Inspector Milczewski.

[154] Bekanntmachung.

Die Stelle eines dritten Beamten bei unserer Stadt-Haupt-Kasse, welcher gleichzeitig die Geschäfte der Kaiserlichen-Beratung und des Eingangsturms- und Servis-Wesens zu besorgen hat, ist zum 1. April d. J. offen. Civilverfolgungsberechtigte Militär-Personen, welche hierauf rücksichtigen, wollen sich bei uns melden. Das Gebalt beträgt 240 Thlr. ohne weitere Emolumente und die zu bestellende Kautio 400 Thlr.

Sagan, den 25. Januar 1862.

Der Magistrat.

ges. Schneider.

Vom 1. April d. J. ab soll unser hiesiges Schießhaus mit drei Morgen Ader anderweitig verpachtet werden. Zur Verpachtung haben wir einen Termin auf

den 12. Februar d. J.

Nachmittags 2 Uhr im Schießhaus angezeigt, wozu Pachtflüsse eingeladen werden. Pachtbedingungen sind beim Unterzeichneten einzusehen.

Groß-Strehlow, den 26. Januar 1862.

Vorstand der Bürgerschützen.

[179] Zeitner.

Kunst-Auction.

Durch jede Kunst- und Buchhandlung ist zu beziehen:

Katalog der interessanten Sammlungen des Herrn Sanitätsrath Dr. v. Duisburg in Danzig, des Herrn Professor Dr. W. Ackermann in Dresden u. A., bestehend in Radirungen, Holzschnitten, Kupferstichen, Lithographien, Handzeichnungen, Kunstschriften, darunter Todtentänze etc. etc., welche den 24. Februar 1862 und folg. Tage zu Leipzig (im R. Weigel'schen Kunst-Auctions-Local, Königstr. Nr. 1) durch Herrn Rath-Proclamator Engel gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, 18. Jan. 1862. Rudolph Weigel.

Ein Wirtschafts-Cleve findet bald oder kommende Stern bei mäßiger Pension bei dem Dom. Thiergarten, Kreis Wohlau, eine offene Stelle. [1113]

Das Wirtschafts-Amt.

Schuhbrücke Nr. 70, Ecke Albrechtsstraße.

Leuchtstoffe.

Die größte Paraffin-Kerzen, Photogen- und Solaröl-Fabrik hat uns den Verlauf für hiesigen Platz und Provinz übergeben, und zwar: [1114]

Paraffin-Kerzen in allen Packungen à 8% Sgr., bei 10 Pfd. 8% Sgr. Abnehmer größerer Posten einen angemessenen Rabatt. Solche sind auch in verschiedenen Farben, sowie Wachs-Paraffin-Kerzen, Photogen und Solaröl in prima und secunda Qualität, zu zeitgemäßen Preisen abzugeben. — Wir offerieren diese Artikel zu billigsten Fabrikpreisen und bemerken, daß die Paraffin-Kerzen in denselben Dimensionen mit Stearin-Kerzen verglichen bei bedeutend bellerer Flamme per Pack u. 15 Stunden länger brennen. [1114]

J. Marcus u. Co., Neuschestr. 34.

Berliner Reform,

Redakteur: Dr. C. Meyen, erscheint täglich. Bringt die neu eingegangenen telegraphischen, politischen und Handelsvorderen, Leitartikel, politische Nachrichten aus allen Staaten, ausführliche Berliner Lokalnachrichten und Stadtneuigkeiten, eine vollständige Gerichtszeitung, Berichte über die Verhandlungen des Landtages, Notizen über Kunst, Literatur und Theater, einen Coursettel nebst Börsenbericht u. c. Im Feuilleton erfolgten

Bilder aus den Kammern, worauf besonders aufmerksam gemacht wird. Abonnementspreis viertelj. 1 Thlr. 10 Sgr. bei allen Postanstalten. [821]

Für Viehbesitzer!

Zur Heilung äußerlicher und innerlicher Krankheiten der Pferde, selbst der veralteten Fälle, wie namentlich veralteter Schulter-, Hüft- und Kniegelenk-Lähmheiten, Spat, Hahnentritt, Dummkoller und Dampf, so wie Fisteln, Knorpelras und Geschwüre jeder Art, Balggeschwüre, Wurmbeulen bei Kindern, Augenkrankheiten u. dgl. auf fruchtlosem Wege, empfiehlt sich der homöopathische Thier-Arzt W. Kloß in Gersdorf (Grassbach Mansfeld). Krankheitsberichte bitte gefälligst ausführlich zu beschreiben, und namentlich die Dauer, so wie mutmaßliche Entstehungs-Ursache des Leidens angeben zu wollen.

Breslau, den 28. Januar 1862.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abt.

Lieferungs-Verdingung von Bau-materialien.

Die Lieferung von Ziegeln, Kalk und Mauerstein zu dem Neubau des Gewächshauses in dem königlichen botanischen Garten zu Breslau soll im Wege der Submission vergeben werden. Qualifizierte, laufende Unternehmer werden erachtet, ihre schriftlichen Offerten bis zum 3. Febr., Nachm. 3 Uhr, abzugeben und deren Fassnung in den derselben Termine in dem Bureau des Unterzeichneten beizuhören.

Zeichnungen und Bedingungen können in gedachtem Bureau eingesehen werden.

Breslau, den 27. Januar 1862.

Der königl. Bau-Inspector Milczewski.

Bau-Verdingung.

Die Ausführung der Glaserarbeiten incl. Lieferung des Materials zu dem Neubau des Gewächshauses in dem königlichen botanischen Garten zu Breslau soll im Wege der Submission vergeben werden. Qualifizierte laufende Unternehmer werden erachtet, ihre schriftlichen Offerten verfiegt bis zum 3. Februar, Vormittags 11 Uhr, abzugeben und deren Eröffnung an denselben Termine in dem Bureau des Unterzeichneten beizuhören.

Zeichnungen und Bedingungen können in gedachtem Bureau eingesehen werden.

Breslau, den 27. Januar 1862.

Der königl. Bau-Inspector Milczewski.

[154] Bekanntmachung.

Die Stelle eines dritten Beamten bei unserer Stadt-Haupt-Kasse, welcher gleichzeitig die Geschäfte der Kaiserlichen-Beratung und des Eingangsturms- und Servis-Wesens zu besorgen hat, ist zum 1. April d. J. offen. Civilverfolgungsberechtigte Militär-Personen, welche hierauf rücksichtigen, wollen sich bei uns melden. Das Gebalt beträgt 240 Thlr. ohne weitere Emolumente und die zu bestellende Kautio 400 Thlr.

Sagan, den 25. Januar 1862.

Der Magistrat.

ges. Schneider.

Vom 1. April d. J. ab soll unser hiesiges Schießhaus mit drei Morgen Ader anderweitig verpachtet werden. Zur Verpachtung haben wir einen Termin auf

den 12. Februar d. J.

Nachmittags 2 Uhr im Schießhaus angezeigt, wozu Pachtflüsse eingeladen werden. Pachtbedingungen sind beim Unterzeichneten einzusehen.

Groß-Strehlow, den 26. Januar 1862.

Vorstand der Bürgerschützen.

[179] Zeitner.

Kunst-Auction.

Durch jede Kunst- und Buchhandlung ist zu beziehen:

Katalog der interessanten Sammlungen des Herrn Sanitätsrath Dr. v. Duisburg in Danzig, des Herrn Professor Dr. W. Ackermann in Dresden u. A., bestehend in Radirungen, Holzschnitten, Kupferstichen, Lithographien, Handzeichnungen, Kunstschriften, darunter Todtentänze etc. etc., welche den 24. Februar 1862 und folg. Tage zu Leipzig (im R. Weigel'schen Kunst-Auctions-Local, Königstr. Nr. 1) durch Herrn Rath-Proclamator Engel gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, 18. Jan. 1862. Rudolph Weigel.

Ein Wirtschafts-Cleve findet bald oder kommende Stern bei mäßiger Pension bei dem Dom. Thiergarten, Kreis Wohlau, eine offene Stelle. [1113]

Das Wirtschafts-Amt.

Schuhbrücke Nr. 70, Ecke Albrechtsstraße.

Leuchtstoffe.

Die größte Paraffin-Kerzen, Photogen- und Solaröl-Fabrik hat uns den Verlauf für hiesigen Platz und Provinz übergeben, und zwar: [1114]

Paraffin-Kerzen in allen Packungen à 8% Sgr., bei 10 Pfd. 8% Sgr. Abnehmer größerer Posten einen angemessenen Rabatt. Solche sind auch in verschiedenen Farben, sowie Wachs-Paraffin-Kerzen, Photogen und Solaröl in prima und secunda Qualität, zu zeitgemäßen Preisen abzugeben. — Wir offerieren diese Artikel zu billigsten Fabrikpreisen und bemerken, daß die Paraffin-Kerzen in denselben Dimensionen mit Stearin-Kerzen verglichen bei bedeutend bellerer Flamme per Pack u. 15 Stunden länger brennen. [1114]

J. Marcus u. Co., Neuschestr. 34.

Ein junger Mann von angenehmen Neuerungen, der im Stande ist, eine Lebensgefahr anständig zu ernähren, sucht auf diesem viel benötigten Wege eine solche im Alter von 17—23 Jahren; einiges Vermögen wäre erwünscht, ist jedoch nicht unbedingtes Erfordernis. Discretion selbstverständlich. Franco-Offerten richte man unter Chiffre W. S. 27, poste restante Breslau. [1120]

Gasthofs-Empfehlung.

Den geehrten Geschäfts-Reisenden hiermit die ergebene Anzeige, daß ich Pilgrim's Hotel in Fraustadt, Provinz Posen, läufig übernommen und unter der Firma „Fromm's Hotel“ fortführe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir gesuchtes Vertrauen in jeder Beziehung zu rechtfertigen. [736]

Fromm, Hotelbesitzer.

Ein Gasthaus.

Vom 1. April d. J. ab steht mein Gasthof, mit Verkaufs-Gewölbe und Hintergebäuden, die ergebene Anzeige, daß ich Pilgrim's Hotel in Fraustadt, Provinz Posen, läufig übernommen und unter der Firma „Fromm's Hotel“ fortführe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir gesuchtes Vertrauen in jeder Beziehung zu rechtfertigen. [736]

Fromm, Hotelbesitzer.

Ein Gasthaus.

Vom 1. April d. J. ab steht mein Gasthof, mit Verkaufs-Gewölbe und Hintergebäuden, die ergebene Anzeige, daß ich Pilgrim's Hotel in Fraustadt, Provinz Posen, läufig übernommen und unter der Firma „Fromm's Hotel“ fortführe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir gesuchtes Vertrauen in jeder Beziehung zu rechtfertigen. [736]

Fromm, Hotelbesitzer.

Ein Gasthaus.

Vom 1. April d. J. ab steht mein Gasthof, mit Verkaufs-Gewölbe und Hintergebäuden, die ergebene Anzeige, daß ich Pilgrim's Hotel in Fraustadt, Provinz Posen, läufig übernommen und unter der Firma „Fromm's Hotel“ fortführe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir gesuchtes Vertrauen in jeder Beziehung zu rechtfertigen. [736]

Fromm, Hotelbesitzer.

Ein Gasthaus.

Vom 1. April d. J. ab steht mein Gasthof, mit Verkaufs-Gewölbe und Hintergebäuden, die ergebene Anzeige, daß ich Pilgrim's Hotel in Fraustadt, Provinz Posen, läufig übernommen und unter der Firma „Fromm's Hotel“ fortführe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir gesuchtes Vertrauen in jeder Beziehung zu rechtfertigen. [736]

Fromm, Hotelbesitzer.

Ein Gasthaus.

Vom 1. April d. J. ab steht mein Gasthof, mit Verkaufs-Gewölbe und Hintergebäuden, die ergebene Anzeige, daß ich Pilgrim's Hotel in Fraustadt, Provinz Posen, läufig übernommen und unter der Firma „Fromm's Hotel“ fortführe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir gesuchtes Vertrauen in jeder Beziehung zu rechtfertigen. [736]

Fromm, Hotelbesitzer.

Ein Gasthaus.

Vom 1. April d. J. ab steht mein Gasthof, mit Verkaufs-Gewölbe und Hintergebäuden, die ergebene Anzeige, daß ich Pilgrim's Hotel in Fraustadt, Provinz Posen, läufig übernommen und unter der Firma „Fromm's Hotel“ fortführe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir gesuchtes Vertrauen in jeder Beziehung zu rechtfertigen. [736]

Fromm, Hotelbesitzer.

Ein Gasthaus.

Vom 1. April d. J. ab steht mein Gasthof, mit Verkaufs-Gewölbe und Hintergebäuden, die ergebene Anzeige, daß ich Pilgrim's Hotel in Fraustadt, Provinz Posen, läufig übernommen und unter der Firma „Fromm's Hotel“ fortführe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir gesuchtes Vertrauen in jeder Beziehung zu rechtfertigen. [736]

Fromm, Hotelbesitzer.

Ein Gasthaus.

Vom 1. April d. J. ab steht mein Gasthof, mit Verkaufs-Gewölbe und Hintergebäuden, die ergebene Anzeige, daß ich Pilgrim's Hotel in Fraustadt, Provinz Posen, läufig übernommen und unter der Firma „Fromm's Hotel“ fortführe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir gesuchtes Vertrauen in jeder Beziehung zu rechtf